



# Handbuch Zivilgesellschaft

Anregungen für das Engagement gegen  
Rechtsextremismus und Rassismus

**Geschlechtergerechte Sprache:** In diesem Heft wird der Gender-Gap („\_“) benutzt, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten abzubilden. Beispielsweise sind mit „Teilnehmer\_innen“ alle Menschen gemeint, die an einer Veranstaltung teilnehmen.

**Urheberrechtliche Hinweise:** Diese Publikation wird für nicht kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Herausgeber behält sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Herausgebers gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

**Haftungsausschluss:** Die Hinweise in dieser Broschüre wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Dieses Handbuch ersetzt keine individuelle (rechtliche) Beratung. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt der Herausgeber keine Gewähr.

## Impressum

### Herausgeber:

Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt,  
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

**Texte:** Juliane Deppe, Jeannette Goddar, Claudia Krieg, Thomas Prenzel,  
Jonas Spengler, Maica Vierkant, André Wartmann

**Redaktion:** Thomas Prenzel, Maica Vierkant, André Wartmann

**Redaktionsschluss:** Juli 2020

**Lektorat:** [www.text-arbeit.net](http://www.text-arbeit.net), Kyra Sell

**Illustrationen:** Daisy Lotta | [www.instagram.com/daisy.lotta/](http://www.instagram.com/daisy.lotta/)

**Gestaltung:** FLMH | Labor für Politik und Kommunikation

**V.i.S.d.P.:** Frauke Büttner

Aktionsbündnis gegen Gewalt,  
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit  
Mittelstraße 38/39  
14467 Potsdam  
[www.aktionsbuenndnis-brandenburg.de](http://www.aktionsbuenndnis-brandenburg.de)

**Förderung:** Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“



**TOLERANTES  
BRANDENBURG**

# Handbuch Zivilgesellschaft

Anregungen für das Engagement gegen  
Rechtsextremismus und Rassismus

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	<b>7</b>
<b>Einmischen</b> .....	<b>8</b>
Demokratie gibt es nur, wenn wir sie gemeinsam gestalten .....	9
Engagement, Meinungsstreit und Protest gehören dazu .....	11
Politik können Sie nicht nur mit dem Wahlzettel beeinflussen .....	13
<b>Positionieren</b> .....	<b>16</b>
Sagen Sie Ihre Meinung und bestehen Sie auf den Menschenrechten .....	17
Warum Geschichte wichtig ist .....	18
So durchschauen Sie Rassismus .....	20
Wie Sprache unser Denken prägt .....	21
Worte können wehtun .....	23
<b>Widersprechen</b> .....	<b>26</b>
Was tun bei rechten Sprüchen im Freundeskreis? .....	27
Dulden Sie keinen Rassismus und Rechtsextremismus am Arbeitsplatz .....	29
Mit Rechtsextremen auf dem Podium? .....	32
Widersprechen Sie Hass im Netz .....	34
So melden Sie Hasskommentare im Internet .....	36
Wie Sie Fake News entlarven .....	38
<b>Eingreifen</b> .....	<b>40</b>
Verhindern Sie rechte Propaganda im Briefkasten .....	41
Was tun gegen rechte Aufkleber? .....	43
Gegen rechte Bedrohungen können Sie sich wehren .....	44
So zeigen Sie rechte Straftaten an .....	46
Zeigen Sie Solidarität, wenn jemand angegriffen wird .....	49
<b>Erkennen</b> .....	<b>52</b>
Meinungsfreiheit oder Volksverhetzung? .....	53
So erkennen Sie Nazis: ihre Zeichen, Symbole und Codes .....	55
So erkennen Sie Nazis: ihre Marken .....	57
So erkennen Sie Nazis: ihre Musik .....	59

<b>Entgegentreten</b> .....	<b>62</b>
Nazi-Veranstaltungen können Sie verhindern .....	63
So organisieren Sie eine Demo oder Kundgebung gegen rechts .....	65
Wie wird Ihr Konzert gegen rechts ein Erfolg? .....	68
Flugblätter und Plakate ansprechend gestalten .....	71
<b>Anwenden</b> .....	<b>74</b>
Darauf sollten Sie bei einer Pressemitteilung achten .....	75
Wie verlaufen Gespräche mit der Presse? .....	77
So nutzen Sie für Ihre Initiative das Internet .....	79
Welche Aktionsformen sind im Internet möglich? .....	81
Diese digitalen Werkzeuge können den Austausch erleichtern .....	83
<b>Vernetzen</b> .....	<b>86</b>
Wie Ihre Initiative Bündnispartner findet .....	87
Hier bekommen Sie Geld für Aktionen gegen rechts .....	89
So gründen Sie einen Verein .....	91
Was ist eine „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“? .....	94
<b>Netzwerke, Beratung und Unterstützung</b> .....	<b>96</b>
<b>Literatur</b> .....	<b>99</b>



# Vorwort

---

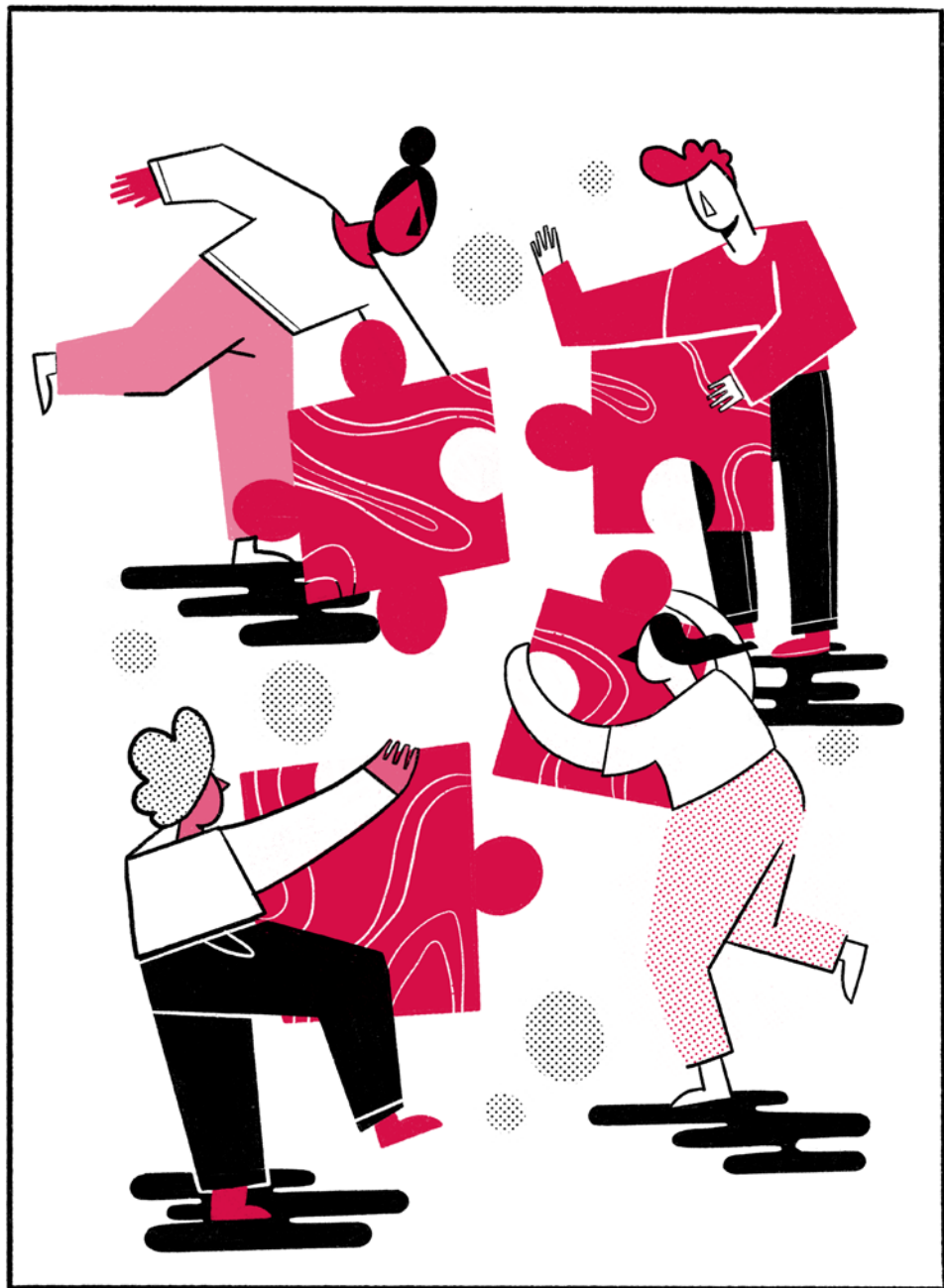
In Brandenburg gibt es eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus einsetzen. In den größeren Städten wie auch in kleineren Orten und Gemeinden engagieren sich Menschen aller Altersgruppen ehrenamtlich und selbstorganisiert. Einige Initiativen sind schon seit Jahrzehnten aktiv und ihre Wurzeln reichen bis in die Vorwendezeit zurück, andere sind sehr jung und existieren erst seit ein paar Monaten. Während die einen wahre Profis in ihren Aktivitäten geworden sind, probieren sich andere noch aus. Sie alle treten jedoch für ein Miteinander ein, in dem rechtsextreme, rassistische, antisemitische und sexistische Ausgrenzung keinen Platz haben, und engagieren sich für eine offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft auf der Grundlage von Menschenwürde und Menschenrechten.

Viele dieser Initiativen in Brandenburg haben sich im Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zusammengeschlossen. Im Jahr 1997 auf Anregung der Landesregierung gegründet, ist es inzwischen zu einem unabhängigen, kritischen und lebendigen Forum der Zivilgesellschaft geworden. Die fast 90 Mitglieder des Bündnisses vernetzen sich untereinander, unterstützen sich gegenseitig, stoßen gemeinsame Aktivitäten an. Und sie tauschen sich über ihr Engagement, ihre Erfahrungen wie auch ihre Erfolge und Misserfolge aus. Das „Handbuch Zivilgesellschaft“ greift dieses Wissen aus mehr als 20 Jahren zivilgesellschaftlichen Engagements auf, trägt es zusammen und ergänzt es durch weitere Tipps und Ideen.

Wie unsere Gesellschaft sich im stetigen Wandel befindet und immer wieder mit neuen Herausforderungen von Rechtsextremismus und menschenfeindlichen Einstellungen konfrontiert wird, wandelt sich auch zivilgesellschaftliches, demokratisches Engagement. Es ist bestimmt von der Einsicht der Menschen, dass sie aktiver Teil ihres Gemeinwesens sind und dieses selbst gestalten können. Und es lebt vom freiwilligen Einsatz, vom Ehrenamt, von der Kreativität und der Hingabe aller Beteiligten. Dieses Handbuch möchte Sie ermuntern und unterstützen, Teil dieses lebendigen und demokratischen Miteinanders zu sein und zu bleiben.

*Thomas Wisch*

*Vorstandsvorsitzender des Aktionsbündnisses Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*



EINMISCHEN



# Demokratie gibt es nur, wenn wir sie gemeinsam gestalten

Vieles in unserem Leben wird davon bestimmt, was wir selbst daraus machen. Dies trifft nicht nur auf das Private zu, auf die Familie und den Freundeskreis, auf Haus und Wohnung, die Gestaltung der Freizeit und unsere Hobbys, sondern auch auf das Verhältnis zu unseren Mitmenschen, die Art, wie wir uns gegenüber treten, miteinander reden und gemeinsame Herausforderungen erkennen, diskutieren und bewältigen. Wir können die Gesellschaft mitgestalten, in der wir leben wollen.

Diese Gesellschaft ist in einem ständigen Wandel und unser Handeln in der Öffentlichkeit hinterlässt Spuren und hat Einfluss. Widersprechen wir, wenn inakzeptable Bemerkungen fallen? Erheben wir die Stimme, wenn andere Menschen beleidigt oder gar angegriffen werden? Werden wir aktiv, wenn sich rechtsextreme und rassistische Hetze in unserer Nachbarschaft bemerkbar macht? Und: Suchen wir Wege, unsere Umgebung freundlicher und menschlicher zu gestalten?

Veränderung entsteht nicht erst in Parteien, in Parlamenten, in Rathäusern und Ministerien. Jede\_r Einzelne kann im Alltag einen Beitrag für ein solidarisches Miteinander leisten. Manchmal ist er klein und nicht mehr als ein freundliches Wort oder eine unterstützende Geste. Manchmal braucht es Ausdauer, Zusammenarbeit und viel Zeit, bis Ergebnisse erkennbar werden. Und manchmal sind wir uns gar nicht sicher, das Richtige getan zu haben, oder werden nicht einmal mit einem Danke bedacht.

Wo und wie Sie aktiv werden, kann vielfältig sein. Finden Sie es schade, dass schon lange kein Straßenfest mehr in Ihrem Ortsteil stattgefunden hat? Stören Sie die rechten Schmierereien oder Aufkleber, die regelmäßig in Ihrer Stadt auftauchen? Sorgen Sie sich um das Miteinander in Ihrem Verein? Sind Sie auf Spuren nationalsozialistischer Verbrechen in Ihrer Nachbarschaft gestoßen, an die kein Mahnmal erinnert? Ärgert es Sie, dass die Kollegin oder der Kollege regelmäßig rassistische Sprüche klopft? Oder empört Sie ein Zeitungsbericht über einen rechten Angriff auf einen Imbiss ganz in Ihrer Nähe und fragen Sie sich, was Sie tun können?

Wenn Sie anfangen, werden Sie schnell merken, dass Sie nicht allein sind. Sie werden Zuspruch von anderen bekommen und sicherlich Mitstreiter\_innen finden, die Ihr Anliegen teilen und sich einbringen wollen. Vielleicht werden Sie mit Widerspruch und neuen Herausforderungen konfrontiert, werden sich mit komplizierten Fragen auseinandersetzen müssen und sich manchmal die Haare raufen wollen. Wichtig ist es jedoch, am Ball zu bleiben.

Viele Probleme sind heutzutage vielfältig und vielschichtig und müssen im Dialog geklärt werden. Einfache Antworten, wie sie rechte Ideologien versprechen, sind trügerisch. Rechte Parteien und Gruppierungen wollen uns glauben machen, dass nur sie den richtigen Weg kennen, dass wir ihnen die Dinge überlassen sollten. Fehler wälzen sie jedoch auf andere ab, auf Minderheiten und politische Gegner\_innen.

Wollen Sie anderen die Herausforderungen Ihres Alltags überlassen oder sie selbst anpacken? Sich als Teil der Gesellschaft zu begreifen, Verantwortung für sie zu übernehmen, die eigenen Rechte zu nutzen und für sie einzustehen, das Zusammenleben zu gestalten – dieses soziale und politische Engagement von Bürger\_innen macht letztendlich den Kern von Demokratie aus.

Dieses Handbuch widmet sich jenen Themen, mit denen viele Einzelpersonen und Initiativen regelmäßig konfrontiert sind oder sich auseinandersetzen. Die Zusammenstellung folgt den Bereichen zivilgesellschaftlichen Engagements: Sie widmet sich den Herausforderungen des Alltags, in denen wir mit Rechtsextremismus konfrontiert werden, und geht zu Themen über, mit denen sich Initiativen und Bündnisse gegen rechts auseinandersetzen. Auch die Zusammenarbeit mit anderen, die Vernetzung und die Öffentlichkeitsarbeit stehen im Fokus des Handbuchs. Gleichzeitig zeigt es nur einen Ausschnitt zivilgesellschaftlichen Engagements – ohne den Anspruch, dieses vollständig abzubilden. Es geht vor allem darum, Anregungen, Ideen und konkrete Hilfen zu bieten, wie wir gemeinsam eine offene, vielfältige Gesellschaft gestalten können.

# Engagement, Meinungsstreit und Protest gehören dazu

---

Politische Prozesse können lange dauern und anstrengend sein. Egal, ob es um den neuen Jugendklub im Ort, die Förderung eines Sozialprojekts, Erleichterungen für Geflüchtete oder einen Bebauungsplan geht – fast alle Vorhaben müssen in Ausschüssen und Sitzungen geprüft, diskutiert und entsprechend verändert werden. Dies ist oft mühsam, zuweilen kommt am Ende nicht einmal etwas heraus, und wenn doch, sind nicht immer alle zufrieden.

Rechte Gruppierungen versprechen dagegen schnelle und einfache Lösungen. Unter ihrer Führung wollen sie die Entscheidungsmacht von Regierungen und Verwaltungen stärken und gegebenenfalls mit demagogischen Volksabstimmungen untermauern. Langwierige Diskussionen in den Parlamenten oder Überprüfungen durch Gerichte passen nicht in dieses Weltbild und sollen eingeschränkt oder ganz abgeschafft werden. Damit, so heißt es, finde endlich Volkes Wille Gehör.

„Volk“ kann in einer modernen Gesellschaft jedoch nur als Vielfalt gedacht werden. Es gibt immer eine Vielzahl von Meinungen, Interessen und Sichtweisen zu einer Sachfrage, die nicht einfach auf einen Nenner zu bringen sind. Wer sich anmaßt, allein entscheiden zu können, übergeht andere und erkennt diese Vielfalt nicht an.

Auch ein demokratisches politisches System wie jenes in Deutschland hat Schwächen und Fehler. Deshalb bringen Initiativen und Parteien beständig Veränderungsvorschläge ein, die in Parlamenten, in der Verwaltung, vor Gericht und in der Presse Gehör finden. Dass sie manchmal Erfolg haben und ihre Vorschläge und Forderungen umgesetzt werden, zeigt die Anpassungsfähigkeit einer Demokratie.

Denn Demokratie ist nichts Statisches, sondern vom Streben gekennzeichnet, Menschenrechte, Meinungsstreit, Interessenausgleich und Machtausübung unter einen Hut zu bekommen. Demokratie bedeutet nicht nur, dass die Bevölkerung regelmäßig in Wahlen die Regierung bestimmt und diese Mehrheit dann regiert. Unterschiedliche Parteien und ihre Abgeordneten in den Parlamenten repräsentieren die verschiedenen Ansichten der Wähler\_innen und diskutieren, wie sie Kompromisse finden können. Parlamente und Regierungen versuchen, Interessengruppen wie Initiativen,

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Lobbyist\_innen nicht vor den Kopf zu stoßen, die von außen ihre Forderungen an die Regierenden herantragen und um Einfluss ringen. Regierung und Verwaltung müssen sich an Gesetze halten und durch Gerichte, Parlamente und Medien findet eine gegenseitige Kontrolle statt. Zudem werden viele Fragen in Landes- und Kommunalparlamenten entschieden, wo man näher am Gegenstand ist und wo Mitsprache einfacher möglich ist. In Stadtverordnetenversammlungen, in Gemeindevertretungen und in Fachausschüssen können auch Sie sich einbringen und mit Ihrer Initiative oder Ihrem Bündnis Druck aufbauen.

Grundlage dieses vielschichtigen politischen Systems ist die Verfassung. Sie regelt nicht nur die politischen Abläufe und Verantwortlichkeiten. An ihren Anfang setzt sie die Menschenrechte und die Grundrechte der Bürger\_innen, die vom Staat zu schützen sind. Menschenwürde, Selbstentfaltung, Gleichberechtigung, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit oder das Asylrecht sind keine Selbstverständlichkeiten. In Diktaturen und autoritären Systemen werden sie mit Füßen getreten. Werden die Grundrechte dagegen in der Demokratie von staatlichen Behörden verletzt, haben sie starke Verteidiger\_innen in der Politik, in den Gerichten und in der Zivilgesellschaft.

Diese Rechte wurden über Jahrhunderte und gegen energische Widerstände erstritten. Und noch immer werden sie von rechtsextremen Kräften angegriffen, die sich auf eine vermeintliche höhere Ordnung, „das“ Volk, die Geschichte oder rassistische Theorien berufen. Die Institutionen des Staates sind gegen diese Tendenzen nur so stark wie die Zivilgesellschaft, die sich für die Grundrechte einsetzt. Denn ohne Engagement, Meinungsstreit und auch Protest ist eine Demokratie ohne Leben.

### Weitere Informationen

**Nolte, Paul:** Demokratie. Die 101 wichtigsten Fragen, München 2015. Kostenlos erhältlich bei der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung.

**Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.):** Die Brandenburger Verfassung. Entstehungsgeschichte, Besonderheiten, Verfassungstext, 2., überarbeitete Auflage, Potsdam 2019.

**Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.):** Kommunalpolitik in Brandenburg, Potsdam 2020.

## **Politik können Sie nicht nur mit dem Wahlzettel beeinflussen**

---

Zivilgesellschaftliches Engagement findet in der Regel außerhalb der Parlamente statt. Bündnisse und Initiativen tragen ihre Anliegen und Forderungen in die Öffentlichkeit, setzen sich für Veränderungen ein und diskutieren mit anderen über die Gestaltung ihres Gemeinwesens. Viele Fragen werden jedoch auch in der Politik entschieden, von ehrenamtlichen und professionellen Politiker\_innen und gewählten Vertreter\_innen.

Wahlen sind ein Kernstück der Demokratie. Sie als Bürger\_in haben damit einen spürbaren Einfluss auf die Politik. Mit dem Kreuz auf dem Stimmzettel können Sie Kandidat\_innen und Parteien, mit denen Sie gute Erfahrungen gemacht haben, eine neue Chance geben oder einer jungen Partei ihr Vertrauen aussprechen. Sie können aber auch versuchen, jene abzuwählen, die Sie in der Vergangenheit nicht überzeugt haben. Zudem sind Wahlkämpfe Zeiten eines intensiven Austauschs über Themen in der Region und dem Land, in dem Sie leben. Auf der Straße und in Veranstaltungen suchen die verschiedenen Kandidat\_innen den Kontakt zu den Wähler\_innen.

Nichtsdestotrotz fragen sich manche, ob ihre eine Stimme bei Wahlen etwas zählt oder nicht eher in der Menge untergeht; andere, ob sie dennoch wählen gehen sollten, selbst wenn die Parteien und die Kandidat\_innen sie nicht überzeugen. Es gibt immer wieder Kampagnen, die für eine hohe Wahlbeteiligung werben, auch damit es möglichst viele Stimmen gegen rechts gibt. Dieser Zusammenhang ist jedoch umstritten, da hiervon unter Umständen die Anhänger\_innen rechter Gruppierungen mobilisiert und rechte Parteien gestärkt werden.

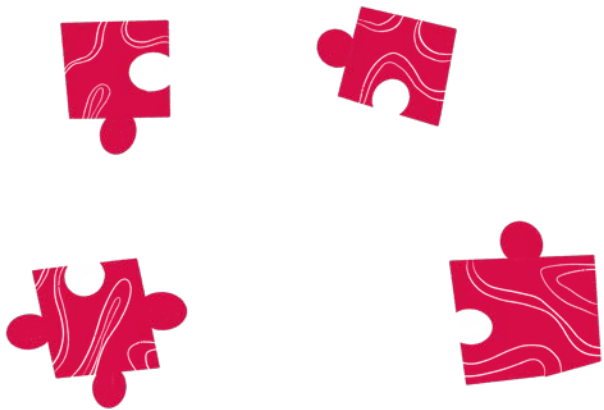
Zugleich haben Sie mehr Möglichkeiten als nur den Stimmzettel, um Ihren Forderungen Gehör zu verschaffen und Ihre Anliegen in die Politik zu tragen. Wahlkämpfe sind dafür eine gute Zeit, weil die späteren Entscheidungsträger\_innen am Kontakt mit den Menschen und an der öffentlichen Meinung interessiert sind. Ihre Initiative oder Ihr Bündnis kann zum Beispiel eine Diskussionsrunde über Ihr Arbeitsfeld mit den örtlichen Kandidat\_innen organisieren, bei der diese Rede und Antwort stehen sollen. Auch die Verschickung von Fragebögen ist möglich, deren Ergebnisse Sie dann veröffentlichen. Oder Sie erarbeiten ein Forderungspapier für die nächste Legislaturperiode und schicken es den Kandidat\_innen zu. Versuchen Sie bei all dem, sich auf Ihr Themenfeld zu fokussieren und eigene

parteipolitische Positionierungen zu vermeiden. Wenn Sie die Sache diskutieren, können Sie vielleicht jemanden für Ihr Anliegen sensibilisieren, dessen Parteizugehörigkeit dies nicht hätte vermuten lassen. Themen wie Rechtsextremismus und rassistische Gewalt zum Beispiel sind vielen Menschen ein ernstes Anliegen, doch sie wissen wenig über lokale Vorfälle oder Begebenheiten.

Kontakte zu Politiker\_innen aus Ihrer Region und eine gemeinsame Gesprächsgrundlage sind auch außerhalb von Wahlkämpfen wichtig. Die einen sind nun in Ämtern und Parlamenten vertreten und können dort Partner\_innen sein. Doch selbst jene, die nicht gewählt wurden, bleiben meist politisch aktiv, bringen sich vor Ort in kommunale Parlamente oder als sachkundige Bürger\_innen in Ausschüssen ein. Bleiben Sie im Austausch, damit sich Politiker\_innen für Ihr Anliegen in den Parlamenten, ihren Parteien und der Öffentlichkeitsarbeit starkmachen können – und bleiben Sie kritisch, wenn sie es nicht tun. Oftmals haben Politiker\_innen zudem einen kurzen Draht in die Verwaltung und können dort schneller etwas erreichen als Bürgerinitiativen.

Pflegen Sie deshalb diese Kontakte. Laden Sie Politiker\_innen aus Ihrer Region auch zu Ihren Veranstaltungen ein. Möglicherweise sind einige sogar an der Mitarbeit in Ihrem Bündnis interessiert, übernehmen Aufgaben wie die Anmeldung von Kundgebungen und Demonstrationen oder stehen für Redebeiträge zur Verfügung. Achten Sie allerdings darauf, parteipolitisch neutral zu bleiben, um für Ihr Anliegen Ansprechpartner\_in auch für die anderen Parteien zu sein. Insbesondere im kommunalen Raum ist dies machbar, da für einige Engagierte aus den Parteien die konkrete Veränderung vor Ort über der Parteipolitik steht.

Mit Vertreter\_innen rechtsextremer Parteien ist eine solche Sacharbeit jedoch nicht möglich. Auch wenn einige sich zuweilen gemäßigter geben, ist es sehr unwahrscheinlich, diese durch konstruktive Zusammenarbeit von ihrer menschenverachtenden Politik abzubringen. Außerdem sollten Sie bedenken, dass die vermeintliche Sacharbeit mit extrem rechten Politiker\_innen zu deren Normalisierung sowohl als politische Partner\_innen als auch ihrer Positionen beiträgt.





POSITIONIEREN



# Sagen Sie Ihre Meinung und bestehen Sie auf den Menschenrechten

Rechte Aussagen können Ihnen unvermittelt und plötzlich begegnen: im Sportverein, im Kreis der Kolleg\_innen, bei der Familienfeier oder im Klassenchat. Sie ärgern sich spontan über die Äußerung, doch keine\_r der Umstehenden sagt etwas dazu. Sollten Sie widersprechen, eine Konfrontation riskieren und die Stimmung kippen?

Wenn Sie sich über eine politische Aussage vom rechten Rand oder ein diskriminierendes Verhalten ärgern, sollten Sie dies offen sagen. Denn Sie werden in diesem Moment Zeuge oder Zeugin, wie die Ungleichheit zwischen Menschen behauptet wird, wie Menschen das Recht auf Gleichheit, Würde und die Freiheit zur Teilhabe an der Gesellschaft abgesprochen wird. Damit werden die Menschenrechte und letztendlich auch die Demokratie infrage gestellt. Handeln Sie also, wenn einzelne Menschen oder Menschengruppen angegriffen werden.

Diskriminierende und rechte Positionen basieren auf einer Weltsicht, der zufolge die Menschenrechte nicht für alle gelten. Auch Menschen, die sich selbst nicht als Gegner\_innen der Demokratie bezeichnen würden, vertreten solche „Meinungen“, wie wissenschaftliche Umfragen regelmäßig nachweisen. Ein diskriminierendes Menschenbild zeigt sich nicht erst in rechter Gewalt oder der Unterstützung einer rechtsextremen Partei, sondern bereits in abfälligen Äußerungen. Wer anderen die Menschenrechte abspricht – allen voran die Würde des Menschen –, greift den Kern des Grundgesetzes und der Demokratie an.

Die Menschenrechte müssen nicht nur gegen Diktaturen oder autoritäre Regime in weit entfernten Ländern in Stellung gebracht werden. Sie werden tagtäglich auch in Deutschland verteidigt – in der politischen Praxis der Parteien, der Behörden, der Gerichte, aber auch in der öffentlichen Auseinandersetzung. Angriffe auf die Menschenrechte beschädigen die Demokratie, die diese Rechte absichert. Sie geht unter, wenn sich niemand mehr für wichtige Werte wie die Würde jedes einzelnen Menschen, die Gleichheit der Geschlechter oder die Meinungsfreiheit einsetzt. Die deutsche Geschichte zeigt, dass eine Demokratie in einer Diktatur enden kann, wenn sie von den Bürger\_innen und den Institutionen nicht verteidigt wird.

Schweigen Sie deshalb nicht bei antidemokratischen, rassistischen, sexistischen oder antisemitischen Vorkommnissen. Unterstützen Sie jene, die sich gegen rechts engagieren. Sie werden merken, dass Sie nicht allein sind und andere auf Ihrer Seite stehen. Vielleicht sehen auch die rechten Sprücheklopfer\_innen ein, dass bestimmte Äußerungen inakzeptabel sind. Oder sie halten sich zumindest zurück, weil sie mit Widerspruch rechnen müssen.

## Warum Geschichte wichtig ist

Noch heute erinnern in Brandenburg Gedenkstätten an die Verbrechen des Nationalsozialismus. Sie sind Orte der Mahnung und des Gedenkens, aber auch der Aufarbeitung der Geschichte. Hier hat jede\_r die Möglichkeit, sich den historischen Gegebenheiten individuell zu nähern.

Rechtsextreme verdrehen die Geschichte für ihre Zwecke. Sie konstruieren Erzählungen, die häufig im Widerspruch zur historischen Forschung stehen, um ihre politischen Forderungen zu rechtfertigen. Oder sie werden genutzt, um eine vermeintlich jahrhundertalte Identität abzuleiten. Neonazis beziehen sich oftmals positiv auf den Nationalsozialismus. Sie leugnen seine Verbrechen oder heißen sie sogar gut. Solch eine Relativierung oder Verherrlichung der Nazi-Herrschaft ist inakzeptabel und sollte nicht un widersprochen bleiben. Geschehen solche Äußerungen im öffentlichen Raum, können sie sogar eine Straftat darstellen und angezeigt werden.

[ → [So zeigen Sie rechte Straftaten an](#) ]

Die Relativierung oder die Verherrlichung des historischen Nationalsozialismus zeigen sehr deutlich, welches politische System Rechtsextreme anstreben. Auch wenn die Nationalsozialistische Arbeiterpartei (NSDAP) demokratisch gewählt wurde, war sie keine demokratische Partei. Menschenrechte, Freiheit und Demokratie wurden unter ihrer Herrschaft mit Füßen getreten. Gewalt gegen Minderheiten, Terror gegen politische Gegner\_innen und ein brutaler und beispielloser Vernichtungskrieg in ganz Europa waren Kern des Nationalsozialismus. Doch die Nazis kamen nicht aus dem Nichts. Sie wurden durch große Teile der Bevölkerung und auch andere politische Kräfte unterstützt. Ihrer Herrschaft ging eine Destabilisierung der Demokratie in Deutschland voraus. Auch in der Vergangenheit gab es bereits Protest und Widerstand gegen diese Politik.

Über die Zeit des Nationalsozialismus können wir viel lernen, vielleicht auch aus ihr. Die historische Literatur ist vielfältig und die Wissenschaft entwickelt sich beständig weiter. Gedenkstätten klären vor Ort auf und geben diese Forschungserkenntnisse weiter. Außerdem gibt es zahlreiche Berichte von Betroffenen, auch wenn viele bereits verstorben sind. Vielleicht gibt es in Ihrem Wohnort oder sogar in Ihrer Familie Zeugnisse über und Erinnerungen an den Nationalsozialismus. Achten Sie darauf, diese kritisch zu hinterfragen, insbesondere wenn es um Schuld und Verantwortung geht.

Dass es heute Gedenkveranstaltungen, Gedenkstätten und eine Aufarbeitung gibt, ist keine Selbstverständlichkeit, sondern wurde von Überlebenden über Jahre erkämpft. Für die Überlebenden des Holocaust und für die Angehörigen der Opfer des Nationalsozialismus war und ist es wichtig, die Erinnerung an diese Verbrechen wachzuhalten, denn die nationalsozialistische Ideologie verschwand nach 1945 nicht einfach aus den Köpfen der deutschen Bevölkerung. Das Gedenken musste gegen Widerstände durchgesetzt werden und war häufig Teil politischer Auseinandersetzungen. Bis heute ist es eng mit dem Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus verbunden und lebt dank der Unterstützung der Zivilgesellschaft fort.

Welche Erkenntnisse Sie aus der Geschichte ziehen, ist allerdings sehr individuell. Die Diskussion darüber in der Familie, unter Freund\_innen und in der Öffentlichkeit ist eben auch Teil einer offenen und demokratischen Debatte.

### Weitere Informationen

**Welzer, Harald/Moller, Sabine/Tschuggnall, Karoline:** „Opa war kein Nazi.“ Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt a. M. 2002.

**Assmann, Aleida:** Kollektives Gedächtnis, Bundeszentrale für politische Bildung, 26.8.2008, unter: [www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39802/kollektives-gedaechtnis](http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39802/kollektives-gedaechtnis).

**Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten,** unter: [www.stiftung-bg.de](http://www.stiftung-bg.de).

## So durchschauen Sie Rassismus

---

Rassismus ist ein Kernelement rechtsextremer Einstellungen. Das heißt im Umkehrschluss aber nicht, dass nur Neonazis oder Parteien am rechten Rand rassistisch sind. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen regelmäßig, dass viele Menschen in Deutschland rassistische Vorstellungen teilen. Deshalb ist es wichtig, auch seine eigene Wahrnehmung zu überprüfen.

Rassist\_innen konstruieren „Rassen“, das heißt, sie schreiben Menschen aufgrund vermeintlicher oder tatsächlicher körperlicher Merkmale Eigenschaften zu und behaupten, Mitglieder der so bestimmten Gruppierungen seien angeblich von Natur aus anders – ob nun gesellig oder musikalisch, kriminell oder faul. Wird ein Gegensatz zwischen dieser angeblichen „Rasse“ und der eigenen Gruppe aufgemacht und werden andere Menschen dabei abgewertet, ist das Rassismus. Rassismus ist also von der Vorstellung rassistischer, ethnischer oder kultureller Gruppen und von der Aufwertung der Eigengruppe durch die Abwertung anderer gekennzeichnet. „Rassen“ gibt es nicht. Wenn Rassist\_innen heute von Kulturen oder Ethnien sprechen, steckt dahinter derselbe Geist der Verallgemeinerung und Abwertung.

Seit Jahrhunderten gibt es rassistische Vorstellungen, die sich noch heute in Diskriminierung und Gewalt, aber auch in alltäglichen Erzählungen und Redewendungen, in Kunst und Kultur, manchmal sogar in Institutionen und Gesetzen äußern. Deshalb ist es wichtig, Althergebrachtes zu hinterfragen und im Zusammenhang mit der Vergangenheit zu betrachten. Schwarze US-Amerikaner\_innen haben sich vor Jahrzehnten in der Bürgerrechtsbewegung die Gleichberechtigung erkämpft, Menschen in den ehemaligen Kolonien der europäischen Länder sind längst unabhängig – doch noch immer gibt es Vorstellungen, dass sie vermeintlich weißen Menschen unterlegen seien, dass sie beherrscht oder kontrolliert werden müssten.

Manchmal ist Rassismus schwer zu erkennen, weil er mit Vorurteilen einhergeht – und Vorurteile erleichtern es Menschen, ihre Umwelt wahrzunehmen. Doch sie führen auch zu Pauschalisierungen und eben zu vorschnellen Urteilen. Nicht alle Mitglieder einer Gruppe sind gleich, sie unterscheiden sich, sei es in der Art, wie sie die Welt sehen, wie viel sie verdienen, wo sie leben, welche Träume und Wünsche sie haben. Niemand möchte unbedacht mit anderen in einen Topf geworfen werden. Wer hingegen auf das Individuum schaut, sieht oftmals mehr Verbindendes als Trennendes.

Rassismus ist mehr als ein Vorurteil. Rassismus prägt die Verhältnisse in unserer Gesellschaft und beeinflusst die Positionen und Handlungsräume der Menschen. Seien Sie deshalb kritisch, wenn es heißt, jemand sei wegen seiner Herkunft oder seines Aussehens anders. Seien Sie offen für das Individuum. Und sprechen Sie mit denen, über die andere reden. Nicht diejenigen, die bestimmte Worte und Aussagen machen, dürfen definieren, ob diese beleidigend oder diskriminierend sind, sondern in erster Linie die Betroffenen.

### Weitere Informationen

**Marz, Ulrike:** Kritik des Rassismus. Eine Einführung, Stuttgart 2020.

**Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora/Weber, Klaus (Hrsg.):** Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, Hamburg 2019.

**Sow, Noah:** Deutschland Schwarz Weiß: Der alltägliche Rassismus, Norderstedt 2018.

**Detzner, Milena/Drücker, Ansgar/Seng, Sebastian (Hrsg.):** Rassismuskritik. Versuch einer Bilanz über Fehlschläge, Weiterentwicklungen, Erfolge und Hoffnungen, Düsseldorf 2016.

## Wie Sprache unser Denken prägt

Woran denken Sie, wenn Sie das Wort Zitrone hören? Oder: Zucker? An eine Zitrone oder ein Stück Würfelzucker, klar. Das ist aber nicht alles: Begriffe führen Assoziationen mit sich. Dinge, die wir automatisch mitdenken und die bestimmte Wahrnehmungen auslösen, die mehr oder weniger positiv stimmen: Sauer macht zum Beispiel niemanden lustig – süß hingegen stimmt froh.

Auch Begriffe, die in der Politik oder in den Medien genutzt werden, lösen Wahrnehmungen und Gefühle aus. Hören wir zum Beispiel „Asylantenflut“ – ein Begriff, den eine große Zeitung schon in den 1980er Jahren in die Welt setzte –, passiert mithilfe der zwei Wortteile gleich zweierlei: Asylant klingt mehr nach Hydrant als nach einem Menschen, der wie wir sowohl Gefühle und Sehnsüchte als auch Rechte und Pflichten hat. Bei einer Flut wiederum handelt es sich um eine Naturgewalt, der wir machtlos ausgesetzt sind, um eine Bedrohung, die imstande ist, ganze Dörfer, Städte oder Regionen wegzuspülen und unter sich zu begraben.

Phänomene können mit Begriffen oder Metaphern niedrigschwellig und abseits einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit Wahrnehmungen und

Erfahrungen verknüpft werden. Journalist\_innen machen dies absichtlich oder unabsichtlich, wenn sie starke sprachliche Bilder verwenden oder nach griffigen Formulierungen suchen. Und Politiker\_innen können damit ihre Forderungen und Vorstellungen eingängiger gestalten. Einige nutzen gezielt eine einfache, fast kindliche Sprache, um nahbar zu erscheinen. Andere bauen Feindbilder auf und werten Gruppen von Menschen ab. Sie arbeiten mit Metaphern, die Ängste erzeugen und Vorstellungen von Gefahren hervorrufen, oder sie machen andere lächerlich.

Seit einigen Jahren gibt es für diesen Prozess einen Namen: „Framing“ (dt. Einrahmen) meint, einen Deutungsrahmen durch die Verwendung bestimmter Wörter zu setzen. Framing verengt den Blick auf die Realität und spricht Emotionen statt die Vernunft an. Dieses Vorgehen ist in der politischen Debatte zu einem gewissen Grad normal, doch es kann auch sachliche Auseinandersetzungen verhindern. Das wird insbesondere beim Blick in rechtsextreme Zirkel deutlich. Sprache und Argumentation bewegen sich fernab der Diskussionen in den Medien oder zwischen den demokratischen Parteien. Sie gleichen einer Parallelwelt.

In der kritischen Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus ist es dementsprechend wichtig, die Begriffe und Metaphern rechter Akteur\_innen nicht unkritisch zu übernehmen. Wiederholen Sie problematische Wörter nicht als Bezeichnung für bestimmte Phänomene oder Menschengruppen. Versuchen Sie, solche Begriffe nicht zu benutzen, selbst wenn Sie sie widerlegen wollen. Und achten Sie darauf, dass rechtsextreme Sprache eigenen Logiken und Argumentationsmustern folgt. Besser kann es sein, diesem Framing eigene prägnante Aussagen entgegenzustellen und diese zu begründen: „Geflüchtete sind Menschen, die Schutz vor etwas suchen.“

## Worte können wehtun

---

Sprache ist nicht nur ein Mittel, mit dem Menschen sich verständigen. Sprache beeinflusst die Wahrnehmung der Wirklichkeit. Sie aktiviert bestimmte Bilder oder schafft sie überhaupt erst, sie setzt Deutungsrahmen. [-> **Wie Sprache unser Denken prägt**] Und: Mit verschiedenen Worten werden Dinge oder auch Menschen mehr oder weniger wertschätzend bezeichnet. Wörter können schmeicheln oder verletzen, erniedrigen oder stärken. Das ist im Grunde eine gute Nachricht. Denn es bedeutet, dass wir alle unser gegenseitiges Miteinander beeinflussen können. Jede\_r, ob jung oder alt, kann überall, in der Schule, bei der Arbeit, in der Familie, im Gespräch mit Freund\_innen und Bekannten, mit einer mehr oder weniger sensiblen und aufgeklärten Sprache die Gesellschaft gestalten.

Rechtsextreme Parteien und Ideologien versuchen dagegen, mit abwertenden Wörtern eine negative Wahrnehmung bestimmter Phänomene oder Gruppen von Menschen zu schaffen. Gezielt geht es darum, Ängste zu wecken, Bedrohungen heraufzubeschwören oder andere Menschen lächerlich zu machen. Sie verfolgen damit eine politische Zielrichtung oder geben ihre eigenen Ressentiments wieder. Zugleich schüren sie Misstrauen und Unfrieden, spalten die Gesellschaft und machen sachliche Auseinandersetzungen über politische Fragen schwierig.

Wer dies vermeiden und rechten Rhetoriker\_innen nicht aufsitzen will, sollte auf die eigene Wortwahl achten. Denn rechtsextreme und rassistische Begriffe sind mit bestimmten Vorstellungswelten verknüpft. Ein Begriff wie „Umvolkung“ für Flucht und Migration schließt völkische Gesellschaftsvorstellungen und Verschwörungsideologien mit ein. Für die Deutung jeglicher Zuwanderung als Problem der Kriminalität und als Bedrohung steht beispielhaft das Wort „Messermigration“. Darunter fallen ebenso Wortkonstruktionen, die mehr mit Naturgewalten als mit der Realität zu tun haben („Flüchtlingswelle“). Sie verzerren das Bild des Phänomens. Einfache und sachliche Beschreibungen, wie Migrations- oder Fluchtbewegungen, zeichnen ein neutraleres Bild. Bestimmte Begriffe haben ihre Bedeutung auch im Lauf der Zeit geändert und werden heute als beleidigend wahrgenommen. Rechtsextreme nutzen sie und berufen sich auf ihre alte Verwendung, wollen jedoch in Wahrheit gezielt Menschen abwerten.

Hinterfragen Sie auch Begriffe, die nicht offenkundig rassistisch sind. Jemanden als „Ausländerin“ zu bezeichnen, weil die Person zum Beispiel ein Kopftuch trägt, kann nicht nur falsch, sondern auch abfällig sein. Anhand des Äußeren können Sie nicht erkennen, wo Menschen zu Hause sind und welchen Pass sie besitzen. Auch Bezeichnungen der Behörden sind nicht immer tauglich, etwa „nicht deutsche Herkunft“ oder „Migrationshintergrund“. Denn: Wie lange bleibt so ein Migrationshintergrund eigentlich erhalten? Das Statistische Bundesamt hat entschieden: Einen Migrationshintergrund haben Menschen, von denen mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde. Doch wer weiß das schon im Alltag vom jeweiligen Gegenüber? Und: Wird wirklich auch jemand als „mit Migrationshintergrund“ bezeichnet, der oder die eine dänische Mutter oder einen polnischen Vater hat? Meistens nicht.

Im Grunde lässt sich aus dieser Erkenntnis eine ganz einfache Regel ableiten: Immer auf den Menschen schauen, sensibel dafür sein, wie dieser sich selbst bezeichnet – und so wenig verallgemeinern wie möglich.

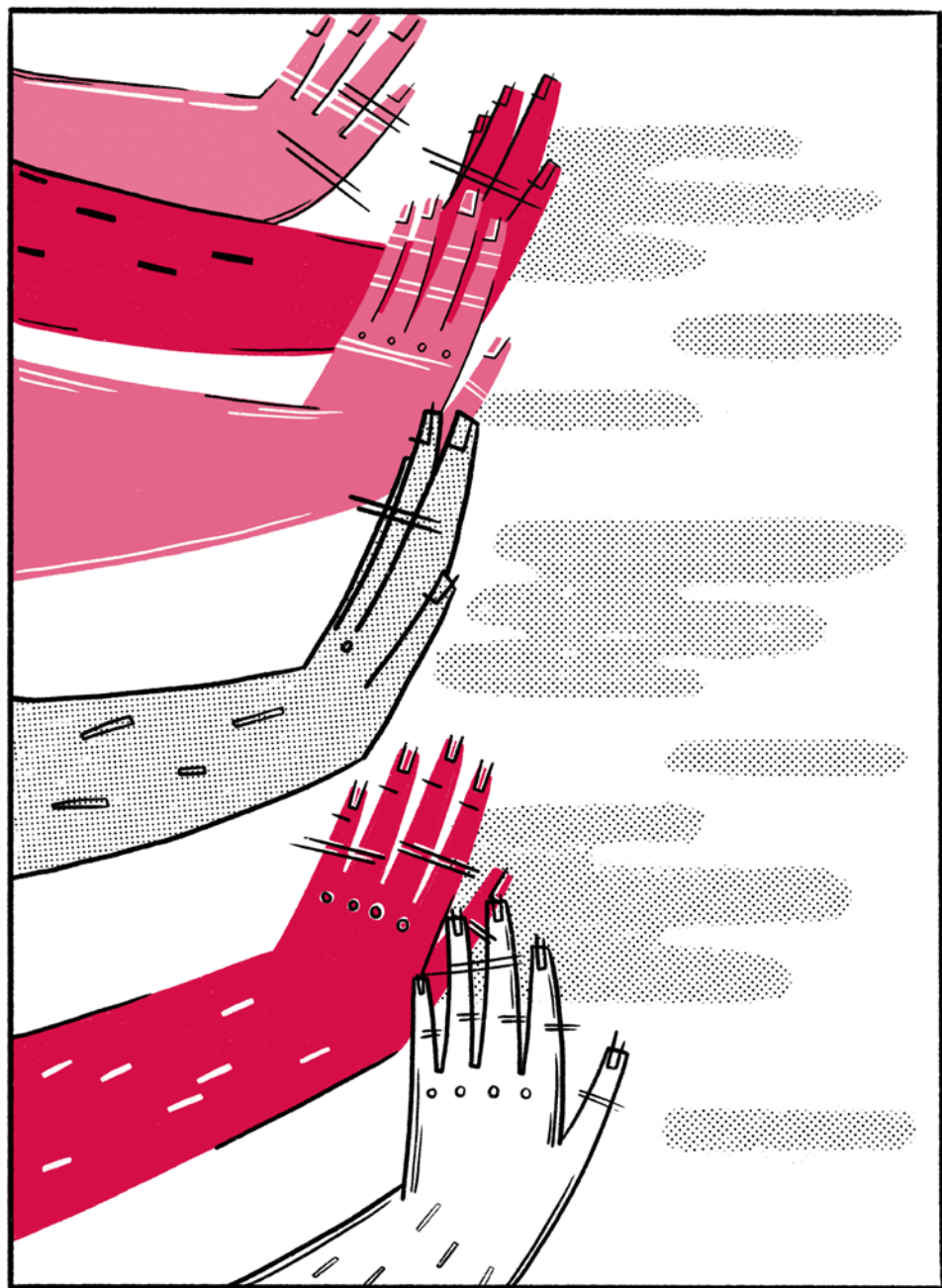
### Weitere Informationen

**Gießelmann, Bente/Kerst, Benjamin/Richterich, Robin/Suermann, Lenard/Virchow, Fabian (Hrsg.):** Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, Frankfurt a. M. 2019.

**Feustel, Robert/Grochol, Nancy/Prüwer, Tobias/Reif, Franziska (Hrsg.):** Wörterbuch des besorgten Bürgers, Mainz 2018.







WIDERSPRECHEN

## Was tun bei rechten Sprüchen im Freundeskreis?

Nicht nur in der Öffentlichkeit wird man mit rechten Sprüchen konfrontiert, sondern auch im persönlichen Umfeld. Ein aufgeheiztes gesellschaftliches Klima sowie eine um sich greifende populistische Rhetorik führen dazu, dass Menschen plötzlich Dinge sagen, die sie früher nicht ausgesprochen hätten. Außerdem finden scheinbar einfache Antworten auf komplexe Fragen verstärkt Zustimmung.

Egal, ob im Verein, bei der Familienfeier oder auf der Arbeit [[→ Dulden Sie keinen Rassismus und Rechtsextremismus am Arbeitsplatz](#)] – wenn eine persönliche Beziehung zu denjenigen besteht, die sich bedenklich äußern, hat das weitreichendere Folgen als bei Unbekannten: Selbst wenn es zum Bruch mit der Person kommt, werden Sie ihr weiterhin begegnen. Sie sollten sich also gut überlegen, wie Sie angemessen auf rechte Sprüche in Ihrem direkten Umfeld reagieren.

Nicht nur die persönliche Beziehung, auch die jeweilige Situation spielt eine Rolle. Wenn weitere Personen anwesend sind – zum Beispiel bei einer Familienfeier –, ist es vielleicht effektiver, diese mit der eigenen Reaktion zu erreichen. Wichtig ist auch, wie es Ihnen in der Situation geht. Sie müssen nicht in jedem Fall diskutieren. Es ist vollkommen in Ordnung zu sagen: „Ich bin da komplett anderer Meinung, aber ich will jetzt hier keine Grundsatzdiskussion über Rassismus führen“ und es dabei zu belassen. Denn: Sich klar zu positionieren heißt nicht automatisch, diskutieren zu müssen.

Wer sich allerdings auf ein Gespräch einlässt, muss sich auf ein wenig Arbeit einstellen, zumal rechte Rhetorik mehr auf Stimmungen als auf Fakten basiert. Bleiben Sie deshalb sachlich und konkret. Argumentieren Sie nah an den problematischen Aussagen und lassen Sie sich nicht ablenken. Akzeptieren Sie rechte Kampfbegriffe nicht. Und bestehen Sie auf den Grundrechten und den Verfassungswerten. Bei persönlich nahestehenden Menschen kann es jedoch auch sinnvoll sein, auf der Beziehungs- und Stimmungsebene zu bleiben und zu versuchen, eine Gesprächsebene herzustellen: „So kenne ich dich gar nicht. Das enttäuscht mich jetzt, was du sagst.“

Sie können sich vorbereiten. In manchen Situationen ist es hilfreich, Zahlen zu den häufigen Behauptungen über Flucht und Zuwanderung, Integration, Kriminalität oder Klimawandel zu kennen. Möglich ist es, die andere

Person um die Quellen ihrer Aussagen zu bitten, das Gespräch zu vertagen und es fortzusetzen, wenn man vorbereitet ist. Es kann sinnvoll sein, rechte Denkmuster zu hinterfragen und auf persönliche Erfahrungen zu sprechen zu kommen: Ist Ihr Gegenüber mit all den vermeintlichen Bedrohungen schon konfrontiert worden? Würde Ihr Gegenüber die rechten Forderungen eigenen Bekannten wünschen? Verbessert es die eigene Situation, vermeintliche Sündenböcke unter Flüchtlingen, in der Wirtschaft oder der Politik auszumachen? Generell gilt: Fragen zu stellen führt nicht nur dazu, dass Ihr\_e Gesprächspartner\_in die eigene oder Ihre Position reflektieren muss, sondern verschafft Ihnen in einem Überraschungsmoment auch erst einmal etwas Zeit.

Rechten und rassistischen Aussagen sollten Sie also auf jeden Fall widersprechen. Noch brisanter wird die Situation, wenn es in der Familie oder im Freundeskreis Menschen gibt, die nicht nur rechte Sprüche von sich geben, sondern offensichtlich mit der rechtsextremen Szene sympathisieren. Erkennbar ist dies an häufiger werdenden extrem rechten Aussagen, an Kleidungsstücken mit einschlägigen Symbolen, am Besuch neonazistischer Veranstaltungen, an entsprechenden Aktivitäten in den sozialen Medien. [→ So erkennen Sie Nazis] Sie können sich mit Freund\_innen austauschen und gemeinsam das Gespräch suchen. Professionelle Beratungsstellen geben Hinweise und bieten Unterstützung an. Im schlimmsten Fall sollten Sie der Person ankündigen, den Kontakt abzubrechen, wenn sich ihr Verhalten nicht ändert – denn Rechtsextremismus ist und bleibt inakzeptabel.

### Weitere Informationen

**Büttner, Frauke/Eltze, Wiebke/Gutsche, Lisa/Lang, Juliane:** Haltung zeigen! Gesprächsstrategien gegen rechts, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2017.

**Kempis, Franzi von:** Anleitung zum Widerspruch. Klare Antworten auf populistische Parolen, Vorurteile und Verschwörungstheorien, München 2019.

## ✘ ARGUMENTATIONSTRAINING

Meist kommen rechte und rassistische Äußerungen, Sprüche, vermeintliche Witze oder Beleidigungen völlig unerwartet. Sowohl die Situationen als auch die Beteiligten können sehr unterschiedlich sein, ob auf der Arbeit, bei der Familienfeier, im Bus oder im Supermarkt. Viele Menschen sind im ersten Moment überfordert und wissen nicht, wie sie reagieren sollen. Argumentationstrainings können hier weiterhelfen. In interaktiven Übungen können sich die Teilnehmer\_innen auf verschiedene Situationen vorbereiten. Sie lernen, wie sie die berühmte Schrecksekunde überbrücken können und welche Handlungsoptionen ihnen zur Verfügung stehen. Es gibt viele Anbieter für solche Trainings, zum Beispiel das Bündnis Aufstehen gegen Rassismus, das Netzwerk Demokratie und Courage oder auch parteinahe Stiftungen wie die Heinrich-Böll-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung oder die Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie können auch selbst ein Argumentationstraining veranstalten und das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus (MBT) oder die Trainer\_innen vom Netzwerk Gegenargument einladen.

## Dulden Sie keinen Rassismus und Rechtsextremismus am Arbeitsplatz

„Das war doch gar nicht so gemeint.“ Oft werden Rassismus und Rechtsextremismus als Witz „verpackt“, obwohl oder gerade weil sich eine Person durchaus bewusst ist, damit jemanden zu beleidigen oder zu diskriminieren. Auch am Arbeitsplatz sind rassistische Sprüche und sogar Hetze und rechte Propaganda leider keine Seltenheit.

Solche Aussagen machen einen oft sprachlos. Hinzu kommt Unsicherheit: Ist es sinnvoll, jetzt zu diskutieren? Bin ich argumentativ fit genug? Und: Darf ich am Arbeitsplatz überhaupt politisch argumentieren? An wen kann ich mich wenden, wenn ich Unterstützung brauche?

Grundsätzlich gilt: Rassistische und rechtsextreme Sprüche sollten Sie nicht unkommentiert lassen! Auch wenn Sie sich der jeweiligen Situation

argumentativ nicht gewachsen fühlen, ist es wichtig, deutlich zu machen, dass Sie diese Einstellung nicht teilen.

Gerade am Arbeitsplatz meiden viele Menschen die Konfrontation – schließlich arbeitet man zusammen und kann sich schlecht aus dem Weg gehen. Suchen Sie sich Unterstützung bei Kolleg\_innen, die Ihre Meinung teilen. Suchen Sie sich Informationen für die Auseinandersetzung oder nehmen Sie an einem Argumentationstraining gegen rechte Parolen teil. [→ Infokasten: Argumentationstraining]

Wenn es häufiger zu rassistischen Sprüchen kommt, sollten Sie mit dem Betriebs- oder Personalrat reden. Der kann dann das Gespräch mit dem Arbeitgeber bzw. der Personalleitung führen. Falls es keinen Betriebs- oder Personalrat gibt, sollten Sie Kontakt zur Gewerkschaft aufnehmen. Unterstützen Sie Ihre Kolleg\_innen, wenn diese Opfer von Rassismus werden. In Brandenburg bietet die Antidiskriminierungsberatung des Vereins Opferperspektive in solchen Fällen Hilfe an.

Arbeitgeber\_innen haben eine Schutzpflicht gegenüber ihren Angestellten. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) fordert Ansprechpartner\_innen in Firmen für Beschwerden. Jeder Beschwerde über Verstöße gegen das AGG muss nachgegangen werden. Ist weder der Chef oder die Chefin einsichtig noch ein Betriebsrat vorhanden, hilft nur noch der juristische Weg. Diesen Weg allein zu gehen ist schwierig und kann kostspielig sein. Allerdings bieten Gewerkschaften Hilfe in arbeitsrechtlichen Fragen. Und: Gewerkschaftsmitglieder erhalten bei Problemen im Betrieb Rechtsschutz.

Generell ist es wichtig, sich zu informieren: Manchmal klopfen Kolleg\_innen nicht nur rechte Sprüche, sondern sind Anhänger\_innen rechter Gruppierungen oder Organisationen. Welche Symbole werden verwendet, welche Kleidung getragen oder welche Musik gehört? [→ So erkennen Sie Nazis] Arbeitgeber\_innen können helfen, indem sie Informationsangebote wie Diskussionen und Workshops über Rassismus und Neonazismus schaffen. In Brandenburg bietet zum Beispiel das MBT solche Veranstaltungen an. Auch können sich Firmen in der Öffentlichkeit klar gegen Rechtsextremismus und Rassismus positionieren und beispielsweise vor Ort an Aktionstagen und Veranstaltungen teilnehmen oder Projekte mit Spenden unterstützen.

## Weitere Informationen

**Antidiskriminierungsstelle des Bundes:** Rassismus im Betrieb die Rote Karte zeigen, Berlin 2015.

**Arbeit und Leben DBG/VHS Hamburg e. V.:** Arbeit zuerst für ...? Ein solidarisches Miteinander! Rechtsextremen nicht auf den Leim gehen. Ein Ratgeber für den betrieblichen Alltag, Hamburg 2013.

**Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.:** Flüchtlinge schützen, Rassismus entgegenreten. Handreichung für Aktive in der Arbeitswelt, Düsseldorf 2017.

**Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.:** So nicht! Kleiner Ratgeber zum Umgang mit rechtsextremen Sprüchen, Düsseldorf 2017.

## ✘ BETRIEBSVEREINBARUNGEN

Eine bewährte Methode im Umgang mit Rassismus im Betrieb sind Betriebsvereinbarungen. Solche Vereinbarungen sind freiwillig, können aber sehr hilfreich sein. Zum einen hat eine klare Positionierung des Unternehmens eine Wirkung sowohl nach außen als auch auf die Mitarbeiter\_innen. Zum anderen ist schon bei der Unterzeichnung des Arbeitsvertrags klar, dass der neue Arbeitgeber kein diskriminierendes Verhalten duldet. Im Sommer 1998 schrieb die heutige ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH: „Wir, die Geschäftsführung der EKO Stahl GmbH, wenden uns gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus in den Betrieben.“ 2004 verabschiedeten Geschäftsführung und Betriebsrat dann eine Betriebsvereinbarung. Diese eindeutige Stellungnahme hatte in ganz Brandenburg Signalwirkung. Im Internet gibt es dazu verschiedene Mustervereinbarungen, zum Beispiel vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

## Mit Rechtsextremen auf dem Podium?

Rechtsextreme Parteien sind inzwischen an vielen Orten präsent. Ihre Mitglieder sitzen in Kreistagen und Kommunalparlamenten; sie versuchen, im gesellschaftlichen Leben, in Vereinen und Verbänden Fuß zu fassen. Kann die öffentliche Debatte mit ihnen konstruktiv sein? Ist es sinnvoll, sie zu Diskussionen und Veranstaltungen einzuladen? Gibt es gar eine Pflicht, Mitglieder oder Abgeordnete aller Parteien gleichermaßen zu Wort kommen zu lassen?

Vor allem in der Öffentlichkeit ist es wichtig, Rassismus und Rechtsextremismus entschieden entgegenzutreten. Überlegen Sie sich daher genau, ob Sie Anhänger\_innen extrem rechter Parteien zu Podiumsdiskussionen und Gesprächsrunden einladen wollen. Damit erhalten sie und ihre Positionen Aufmerksamkeit und erfahren eine Aufwertung. Eine konkrete und konstruktive Debatte kann durch die Aggressivität populistischer Gesprächsstrategien sogar verhindert werden. Und überzeugen lassen sich gut geschulte Parteimitglieder in der Regel nicht.

Auftritte in der Öffentlichkeit nutzen Mitglieder extrem rechter Parteien vor allem als Bühne. Ihre politische Taktik beruht darauf, mit Schlagwörtern und Stimmungen zu arbeiten und unterschiedliche Sachfragen mit den immer gleichen Ressentiments zu beantworten. Geschickt inszenieren sie sich als Opfer einer angeblichen Diskriminierung oder als Expert\_innen, die vermeintlich unerwünschte Wahrheiten aussprechen. Häufig zielen sie darauf ab, sowohl Podiumsgäste als auch das Publikum gegeneinander auszuspielen, auf ihre Seite zu ziehen, bloßzustellen oder zu provozieren. Von Themen und Fragen, die ihnen nicht passen, lenken sie ab, manchmal sogar durch Einschüchterungen. Zuweilen werden gezielt Sympathisant\_innen im Publikum verteilt platziert, um den Raum strategisch einzunehmen. Die vermeintlich neutralen Zuhörer\_innen täuschen so eine breite Unterstützung für extrem rechte Thesen im Publikum vor.

Bestimmend für die Planung einer Veranstaltung sollten die Fragen sein, wie und mit wem das eigene Ziel angemessen erreicht werden kann. Für Vereine, Verbände und Privatpersonen gibt es keine Pflicht, Vertreter\_innen rechtsextremer Parteien einzuladen. Sie allein entscheiden darüber, wie Sie Ihre Veranstaltung umsetzen. Sie können Gespräche auf demokratische Parteien oder auf Fachpolitiker\_innen beschränken und Personen



oder Parteien, die mit extrem rechten Äußerungen und Positionen aufgefallen sind, bewusst nicht einladen. Ob die Gründe dafür öffentlich mitgeteilt werden sollten, ist abzuwägen.

Unmittelbare staatliche Akteure wie Stadtverwaltungen oder Schulen dürfen als Veranstalter die Chancengleichheit von Parteien nicht beeinträchtigen, indem sie etwa eine bestimmte Partei von allgemeinen Einladungen gezielt ausschließen. Wenn private Initiativen mit staatlichen Akteuren kooperieren, sollten sie dies bedenken und Veranstaltungen genau planen. Es kann ratsam sein, in solchen Fällen zum Beispiel lieber selbst als Veranstalter\_in aufzutreten und bei der Auswahl des Veranstaltungsorts zu überlegen, ob dieser geeignet ist.

Wer sich dennoch für die Einladung von Mitgliedern rechtsextremer Parteien entscheidet, sollte gut vorbereitet sein. Die oben geschilderten destruktiven Gesprächsstrategien bedürfen einer guten Moderation. Über die Anwesenheit rechter Akteur\_innen müssen andere Gesprächsteilnehmer\_innen informiert werden. Denn rechte Politiker\_innen und ihre Positionen schüchtern ein und schüren Angst. Manche Interessierte und potenziell Betroffene rechter und rassistischer Anfeindungen kommen erst gar nicht zu solch einer Veranstaltung.

### Weitere Informationen

**Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.):** Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD, Berlin 2019.

**Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) u. a. (Hrsg.):**

Wir lassen uns das Wort nicht nehmen! Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei Veranstaltungen, Berlin 2007.

**Diakonie Deutschland:** Umgang mit Rechtspopulismus. Eine Handreichung für die Diakonie, Berlin 2018.

## Widersprechen Sie Hass im Netz

---

Mit der steigenden Bedeutung sozialer Medien wächst der Hass im Netz. Hassrede zeigt sich in Kommentarspalten oder sogenannten Shitstorms. Immer wieder werden Menschen von rechten Medienaktivist\_innen an den Pranger gestellt, ihre Bilder und Namen werden wie „Steckbriefe“ in sozialen Medien veröffentlicht, sie werden beschimpft und denunziert. Hass im Netz betrifft nicht nur Journalist\_innen und politisch Aktive gegen rechts. Er wendet sich auch gegen Menschen, die Online-Beiträge kommentieren oder sich in sozialen Medien für Menschenrechte und gegen Rassismus aussprechen. Bei Hasskommentaren geht es vor allem um Einschüchterung und Meinungshoheit. Gerade deswegen ist es wichtig, Hass nicht unwidersprochen zu lassen und Betroffene zu unterstützen.

Wenn Sie von Rechten im Netz angegriffen werden, widersprechen Sie möglichst sachlich und höflich. Verzichten Sie auf Polemik und Beschimpfungen. Eine rechte Hassrede beantworten Sie am besten mit der deutlichen Aussage, dass Sie über Inhalte diskutieren, nicht aber über diskriminierende und beleidigende Äußerungen.

Überlegen Sie sich gut, auf welche Diskussionen Sie sich einlassen wollen. Es kann sehr mühsam und zeitintensiv sein, die Debatte mit rechten Hassredner\_innen in Kommentarspalten zu führen. Gleichzeitig ist die Wahrscheinlichkeit, dass Sie Ihr Gegenüber überzeugen, gering. Wichtig ist die Reaktion im Netz trotzdem, um ein Gegengewicht zu schaffen. Wenn unter einem Facebook-Post 30 rechte Hetzkommentare stehen, aber nur zwei Kommentare, die sich für Menschenrechte starkmachen, dann entsteht ein Zerrbild der Mehrheitsverhältnisse in unserer Gesellschaft. Rechte Hetze ist oft laut und versucht, sich als Mehrheitsmeinung darzustellen.

Anstatt zu diskutieren, können Sie sich auch positionieren und sich nicht auf eine Diskussion einlassen. Dabei ist es nicht nur wichtig, den eigenen Standpunkt deutlich zu machen. Um einen Ping-Pong-Effekt zu verhindern, sollten Sie zudem auf Fragen (auch rhetorische) verzichten. Stattdessen sollten Sie weitere Provokationen ignorieren bzw. auf die eigene Position verweisen. Auf Ihrem eigenen Account können Sie Hetzer\_innen blockieren und Hasskommentare löschen bzw. melden. [[-> So melden Sie Hasskommentare im Internet](#)] Immer mehr Menschen teilen Angriffe, die sie über die Funktion der privaten Nachricht bekommen, auch mit ihren Online-Communities. Dies kann solidarisch und entlastend wirken. Bei

öffentlichen Hasspostings sollten sie hingegen darauf achten, diesen nicht unnötige Reichweite zu verschaffen.

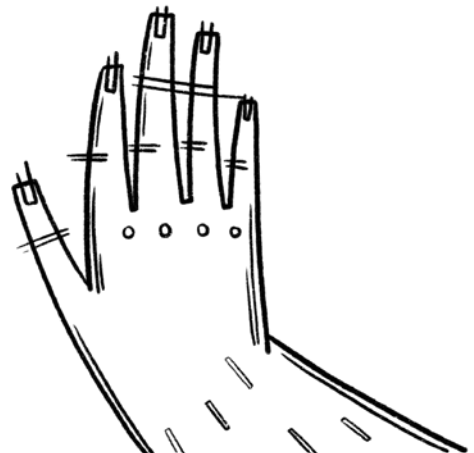
Machen Sie sich klar, dass es zu einer der wichtigsten rechten Strategien gehört, Menschen auf das Heftigste zu beschimpfen und zu bedrohen. Vor allem im Internet kann das fast ungehindert und anonym geschehen. Wenn Sie sich offensiv in Debatten einmischen, kann es sein, dass Sie persönlich zur Zielscheibe werden. Das Internet ist aber kein rechtsfreier Raum. Gegen Beleidigung oder Angriffe können Sie sich wehren und Hetzreden sowie Aufrufe zu Gewalttaten zur Anzeige bringen. [→ **So zeigen Sie rechte Straftaten an**] Wenn Sie zum Beispiel mit einem Porträtfoto an einen Online-Pranger gestellt werden, also eine Art Steckbrief von Ihnen in sozialen Netzwerken, auf Webseiten oder in Blogs veröffentlicht wird, können Sie dagegen vorgehen. Hier gilt das Recht am eigenen Bild.

### Weitere Informationen

**No Hate Speech:** Internetseite eines Netzwerks gegen Hassrede, unter: [no-hate-speech.de](http://no-hate-speech.de).

**Kompetenzzentrum von Bund und Ländern zum Thema Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet,** unter: [www.jugendschutz.net](http://www.jugendschutz.net).

**Hass im Netz:** Gegenstrategien von [jugendschutz.net](http://jugendschutz.net), unter: [www.hass-im-netz.info](http://www.hass-im-netz.info).



# So melden Sie Hasskommentare im Internet

---

Jede\_r von uns hat mit großer Wahrscheinlichkeit bereits Hassrede bzw. Hasskommentare im Internet gelesen. Die Hetze richtet sich oft gegen Geflüchtete, Menschen mit Behinderung, Muslim\_innen, Homosexuelle oder Jüdinnen und Juden. Auch Einzelpersonen wie Journalist\_innen oder gesellschaftlich Aktive werden aufgrund ihres Engagements zur Zielscheibe.

Hassrede im Internet hat oft sehr reale Auswirkungen: Die Hetze kann bei den Betroffenen Stress, Schlafstörungen oder verschiedene andere psychische Probleme auslösen. Darüber hinaus fühlen sich Rechtsextreme durch Hetze im Internet ermutigt, Menschen im echten Leben anzugreifen. Es ist daher wichtig, Hass im Netz nicht unwidersprochen zu lassen.

In den sozialen Medien gibt es in der Regel Möglichkeiten, entsprechende Kommentare und/oder Bilder zu melden. Bei Facebook können Beiträge oder Profile mit einem Klick auf das Symbol mit drei Punkten „gemeldet“ und dann als „Hassrede“ markiert werden. Kommentare müssen erst „verborgen“ werden, bevor sie gemeldet werden können. Auch hierfür gibt es neben dem Kommentar ein Symbol mit drei Punkten. Bei Twitter funktioniert dies ähnlich. Hier muss ein Tweet zunächst als „missbräuchlich oder verletzend“ markiert werden, bevor die Option „Hassrede“ erscheint. Bei Instagram muss ein Beitrag zuerst als „unangebracht“ gemeldet werden. Kommentare müssen mit einem Ausrufezeichen versehen werden, bevor sie als „missbräuchlicher Inhalt“ gemeldet werden können.

Mit dem Inkrafttreten des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) am 1. Januar 2018 sind Betreiber von sozialen Netzwerken dazu verpflichtet, binnen 24 Stunden nach Eingang der Beschwerde den betreffenden Kommentar zu löschen oder zu sperren. In weniger eindeutigen Fällen gilt eine Frist von sieben Tagen. Sofern eine Hassnachricht nach Beschwerde nicht innerhalb des vorgeschriebenen Zeitraums gelöscht wird, können Sie das Online-Beschwerdeformular beim Bundesamt für Justiz (BfJ) nutzen. Das BfJ kann den beanstandeten Kommentar allerdings nicht selbst löschen oder sperren. Vielmehr hat es die Aufgabe, Verstöße im Wege eines Bußgeldverfahrens zu verfolgen.

In jedem Fall ist es ratsam, Hasspostings zu dokumentieren. Notieren Sie die URL des verfassenden Profils. Da sich die Inhalte im Netz ständig verändern und ein Link bis zur Aufnahme von Ermittlungen bereits ungültig sein kann, sollten Sie zusätzlich die entsprechenden Passagen per Screenshot sichern. Mit Screenshot-Tools ist dies einfach und schnell möglich. Stellen Sie sicher, dass Ihre Dokumentation eine Zeitangabe enthält. Wenn Sie eine Anzeige erstatten wollen, sollten Sie darauf achten, Ihre persönlichen Daten zu schwärzen oder gar nicht erst abzubilden, etwa eigene Profilfotos, Gruppen, Freund\_innen oder andere offene Fenster. Der Kontext spielt für Strafbarkeit und Schuld oft eine wichtige Rolle. Halten Sie daher bei Kommentaren möglichst den gesamten relevanten Diskussionsverlauf fest. Bei Verweisen zu externen Artikeln sollte auch der verlinkte Inhalt dokumentiert werden. Zusätzlich zu den problematischen Aussagen ist es ratsam, das Profil des mutmaßlichen Täters oder der mutmaßlichen Täterin zu sichern.

Sie können Hasspostings auch über die App Banhate oder auf den Internetseiten [www.hassmelden.de](http://www.hassmelden.de) und [www.hass-im-netz.info](http://www.hass-im-netz.info) melden, um die diskriminierenden Inhalte strafrechtlich verfolgen zu lassen. Außerdem gibt es die Internet-Beschwerdestelle, ein gemeinsames Projekt von der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e. V. (FSM) und vom Verband der Internetwirtschaft e. V. (eco). Auch die Jugendstiftung im Demokratiezentrum Baden-Württemberg hat unter dem Namen respect! eine alternative Meldestelle eingerichtet. Bei dieser müssen Sie zwar Ihren Namen angeben, doch er wird ohne schriftliche Zustimmung nicht an Dritte weitergeleitet. Vielmehr erstatten die Mitarbeiter\_innen der Meldestelle die Anzeigen.

Die letztgenannten Möglichkeiten können Sie auch für Hassrede außerhalb großer sozialer Medien und Foren nutzen, für Beiträge auf individuellen Blogs und Internetseiten. Ein Impressum muss nach deutscher Rechtsprechung die Verantwortlichen namentlich ausweisen, die die richtigen Adressaten für Hinweise oder gegebenenfalls Strafanzeigen sind. Ob eine Straftat vorliegt, ist für Laien nicht immer eindeutig. Hierüber entscheiden im Zweifel Polizei oder Staatsanwaltschaft. Dank Meldestellen wie respect! haben Sie zudem Ansprechpartner\_innen, die über Erfahrungen im Umgang mit Hassrede verfügen und Ihnen die Anzeigen abnehmen.

### Weitere Informationen

**No Hate Speech:** Netzwerk gegen Hassrede, unter: [no-hate-speech.de](http://no-hate-speech.de).

## Wie Sie Fake News entlarven

---

Fake News sind in aller Munde. Fast könnte man glauben, die Welt bestehe nur noch aus Falschmeldungen. Das ist nicht so. Richtig ist allerdings, dass sich insbesondere in den sozialen Medien erfundene Nachrichten oftmals schneller verbreiten als richtige. Deshalb ist es wichtig, genau hinzuschauen, wenn Sie selbst Informationen weitergeben oder Beiträge im Internet teilen.

Wer aber kann nun erkennen, was wahr und was falsch ist? Internetseiten wie [www.mimikama.at](http://www.mimikama.at), die Rubrik Faktenfinder der Tagesschau oder der Faktencheck des Redaktionsnetzwerks Correctiv klären gezielt über aktuelle Fake News auf. Sie können Ihnen aber auch selbst auf die Spur kommen. Jede\_r ist – jedenfalls bis zu einem gewissen Grad – Faktenchecker\_in. Fragen Sie sich: Kann das wirklich so stimmen? Habe ich Ähnliches schon einmal gehört? Ist es realistisch? Oder gibt es Grund zur Annahme, dass daran etwas falsch ist? Erste Hinweise bietet ein Blick auf die Autorin oder den Autor. Gibt es weitere Veröffentlichungen von der Person – etwa, weil sie Journalist\_in ist und zu ähnlichen Themen bei einer Print- oder Online-Zeitung, beim Fernsehen oder Radio arbeitet? Natürlich können auch seriöse Journalist\_innen Falschmeldungen verbreiten und Fehler machen, aber es ist eher unwahrscheinlich, dass es sich um eine gezielte Falschinformation handelt.

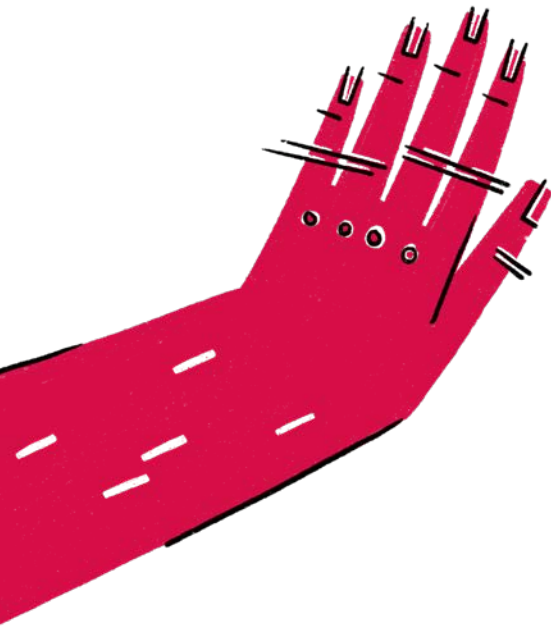
Bei Texten auf Internetseiten, Blogs und Ähnlichem sollten Sie zunächst nach einem Impressum Ausschau halten. Ein solches ist verpflichtend. Gibt es keines oder scheint dieses unseriös, ist das ein schlechtes Zeichen. Eine Internetrecherche nach den Betreiber\_innen der jeweiligen Webseite – oder auch nach den Autor\_innen – gibt Hinweise, aus welcher politischen Richtung die Beiträge stammen und welches Interesse dahintersteht. Alles, was verdächtig erscheint, lässt sich im Zweifel via Suchmaschine gegenrecherchieren: Taucht diese Zahl, diese Geschichte irgendwo anders noch einmal auf? Erzählen andere Quellen, insbesondere seriöse Medien, etwas gänzlich anderes? Der Fake-News-Check lässt sich in vier Schritten zusammenfassen: 1. Quellen suchen, 2. Quellen anschauen, 3. Texte zum selben Thema in anderen Medien suchen, 4. Suchmaschine nutzen.

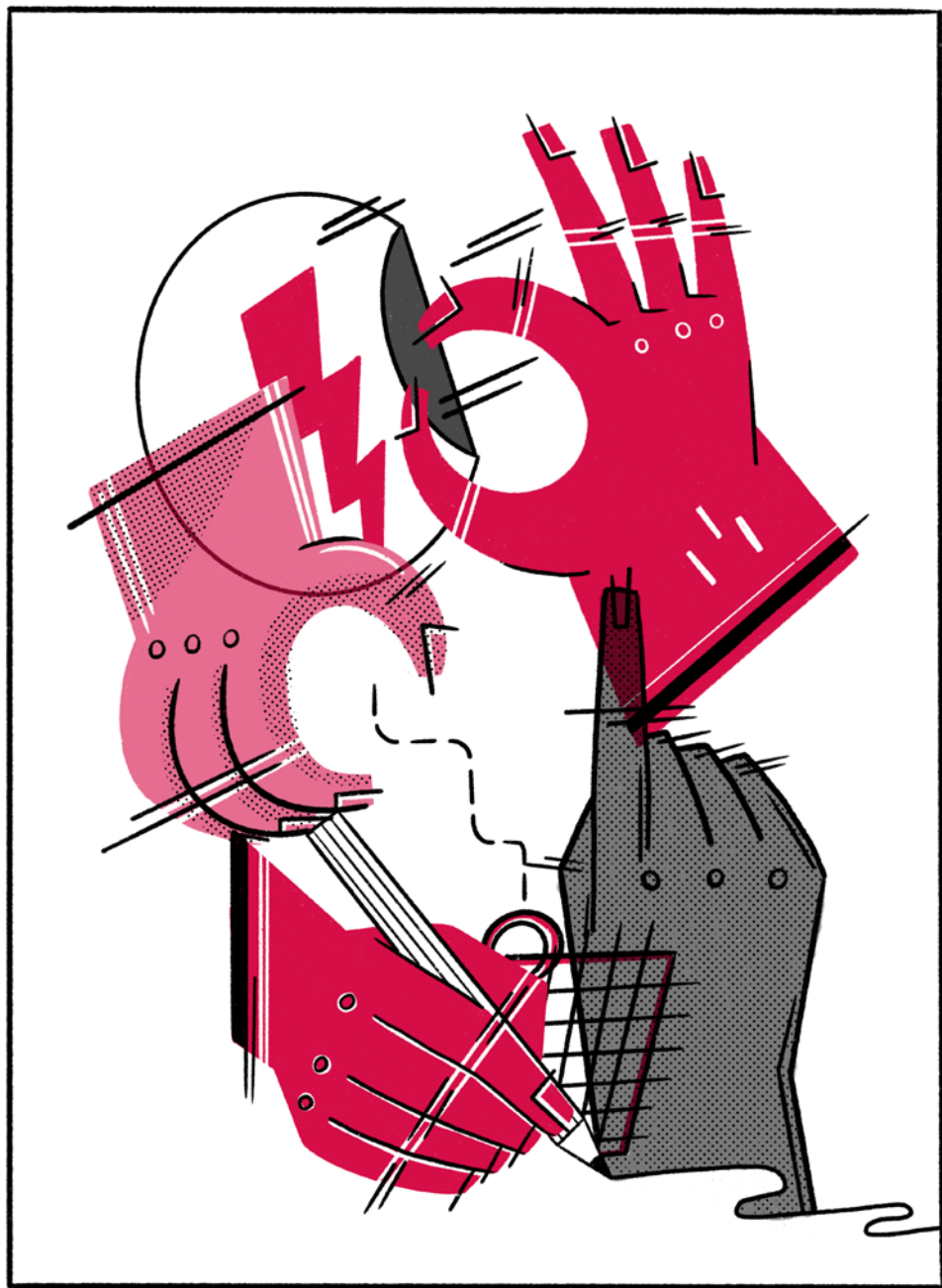
Um zu überprüfen, ob Bilder echt sind und am genannten Ort zum angegebenen Zeitpunkt aufgenommen wurden, gibt es die umgekehrte Bildersuche. Dabei wird ein Bild daraufhin überprüft, ob und wo es bereits erschienen ist. Das hilft zum einen dabei, Urheberrechtsverstöße zu entdecken;

schließlich darf man Fotos, die andere gemacht haben, nicht einfach so verwenden. Zum anderen bietet es sich aber auch an, um herauszufinden, wo und vor allem wann ein Bild aufgenommen wurde: Findet sich ein vermeintlich aktuelles Foto bereits in älteren Beiträgen, stammt es vermutlich aus einem ganz anderen Zusammenhang.

### Weitere Informationen

**Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz (Hrsg.):** Fakt oder Fake? Wie man Falschmeldungen im Internet entlarven kann, Ludwigshafen 2020.





EINGREIFEN



## Verhindern Sie rechte Propaganda im Briefkasten

---

Immer wieder versuchen rechte Gruppierungen und Parteien, mit Flugblättern und kostenlosen Zeitungen auf sich aufmerksam zu machen – nicht selten, indem das Material in Briefkästen verteilt wird. Während Sie bei einer Verteilaktion auf dem Marktplatz oder in der Fußgängerzone die Annahme eines Flugblatts problemlos ablehnen können, wissen Sie nicht, wann Ihnen jemand etwas in den Briefkasten wirft.

Auch in Ihrem Briefkasten müssen Sie rechte Propaganda nicht tolerieren. Um die unerwünschte Wahlwerbung zu unterbinden, können Sie einen Aufkleber anbringen, auf dem beispielsweise steht: „Keine Werbung folgender Parteien ... erwünscht“. Allerdings sollten Sie jede einzelne Partei namentlich anführen. Die bloße Angabe „Keine Werbung rechtsextremer Parteien erwünscht“ könnte zu Unklarheit darüber führen, welche Partei dies konkret betrifft. Wenn Sie überhaupt keine Wahlwerbung wünschen, können Sie auch einfach die Aufschrift „Keine Wahlwerbung erwünscht“ anbringen. Damit gehen Sie Unklarheiten aus dem Weg, bekommen allerdings auch keine Werbung von anderen Parteien mehr.

Sobald Sie den Aufkleber an Ihrem Briefkasten angebracht haben, ist es den Zusteller\_innen rechter Propaganda nicht mehr erlaubt, diese bei Ihnen einzuwerfen. Wird der Hinweis ignoriert, können Sie dagegen juristisch vorgehen. Es liegt bei unerwünschtem Einwurf sowohl eine „rechtswidrige Störung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts“ als auch eine „Besitz- bzw. Eigentumsstörung“ vor. Denn niemand hat die Pflicht, sich gegen den eigenen Willen informieren zu lassen. Das Recht, von dem Sie in diesem Fall Gebrauch machen, nennt sich „negative Informationsfreiheit“. Je mehr Briefkästen in einem Haus mit solchen Aufklebern bestückt sind, desto weniger rechte Parteipropaganda kann verbreitet werden. Bestärken Sie Ihre Nachbar\_innen darin, sich auch entsprechend zu positionieren.

Fragen Sie in Ihrer Nachbarschaft, ob auch andere trotz der Aufkleber entsprechende Werbung erhalten haben, und planen Sie gemeinsam das weitere Vorgehen. Sie können sich zum Beispiel an eine Verbraucherschutzzentrale wenden und den Missstand melden. Die Verbraucherszentrale sammelt solche Beschwerden und leitet bei ausreichender Anzahl ein Abmahnverfahren gegen die betreffende Partei ein.

Sie können aber auch den direkten Weg wählen und die Partei selbst abmahnen und unter Umständen verklagen. Nehmen Sie Kontakt zu einer Anwältin oder einem Anwalt auf, der oder die eine Unterlassungsklage beim zuständigen Gericht gegen die jeweilige Partei einreichen kann. Da der Einwurf als unerwünscht ausgewiesen worden ist, sind die Erfolgsaussichten hoch. Dennoch sollten Sie bedenken, dass Sie die Verfahrenskosten zu tragen haben, sollten Sie unterliegen. Eine vorherige anwaltliche Beratung und das Vorhandensein einer Rechtsschutzversicherung sind empfehlenswert.

Sollte die betreffende Partei trotz eines gerichtlich verfügten Unterlassungsbescheids erneut rechte Propaganda einwerfen, können Sie die Vollstreckung anordnen lassen. Das Gericht beauftragt dann eine\_n Gerichtsvollzieher\_in damit, von der entsprechenden Partei das in der gerichtlichen Verfügung festgesetzte Ordnungsgeld von bis zu 250.000 Euro einzuziehen. Die anfallenden Kosten hat die jeweilige Partei zu tragen.

### **✘ ERFOLGREICHE KLAGE GEGEN NPD-PROPAGANDA IN MÄRKISCH BUCHHOLZ**

In Märkisch Buchholz wurde im Jahr 2012 ein Aufkleber mit der Aufschrift „Keine Werbung der NPD!“ ignoriert und Werbung der Partei eingeworfen. Daraufhin setzten mehrere Mitglieder der Bürgerinitiative „Buchholz: offen & bunt“ einen Unterlassungsanspruch durch. Die Neonazi-Partei musste 4.000 Euro Strafzahlung leisten. Die NPD legte Beschwerde ein, doch das Amtsgericht Königs Wusterhausen wies diese als unbegründet zurück. Am Ende musste die NPD nicht nur das festgelegte Ordnungsgeld zahlen, sondern auch die Anwalts- und Gerichtskosten der Kläger\_innen aus Märkisch Buchholz.

## Was tun gegen rechte Aufkleber?

Vor allem auf dem täglichen Weg zur Arbeit oder zum Supermarkt fallen sie ins Auge: Sticker. Rechte setzen Aufkleber oft sehr gezielt als Propagandamittel ein. Der Impuls, Aufkleber mit rechten und rassistischen Sprüchen entfernen zu wollen, ist nicht nur nachvollziehbar, sondern auch richtig. Hier geht es um nichts weniger als um die Deutungshoheit im öffentlichen Raum. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass Neonazis und Rassist\_innen ihre Parolen unwiderrprochen verbreiten können. Dabei ist mehr möglich, als sie einfach abzureißen. Gleichzeitig ist hier einiges zu beachten.

Ein Beispiel dafür, was Sie gegen rechte Aufkleber unternehmen können, lieferte das Angermünder Bürgerbündnis im September 2018. Unter dem Motto „Wir lassen uns keine kleben“ lud das Bündnis zu einer Putzaktion ein. Mit Nagellackentferner und Putzlappen wurden rechtsextreme und rassistische Aufkleber entfernt. Solche gemeinsamen Aktionen machen nicht nur Spaß, sie bieten den Teilnehmenden auch Sicherheit. Vorsichtig sollten Sie beim Lösen der Aufkleber trotzdem sein, da es schon vorgekommen ist, dass sich unter ihnen Rasierklingen oder Scherben befanden.

Allerdings gibt es einen Haken: Das Überkleben und selbst das Entfernen können von den Behörden als Ordnungswidrigkeit oder sogar Straftat eingestuft werden. Zwar werden viele dieser Fälle nicht verfolgt, da keine Verantwortlichen ausfindig gemacht werden können. Nichtsdestotrotz stellen sie eine Art des wilden Plakatierens, eine Verschmutzung, eine Veränderung des Eigentums anderer oder sogar eine Sachbeschädigung dar, wenn durch das Entfernen eines Aufklebers der Untergrund in Mitleidenschaft gezogen wird. Aus diesem Grund holten sich die Bürger\_innen aus Angermünde vor ihrer Aktion das Einverständnis des Ordnungsamts, die Sticker von Laternen, Strommasten und Bushaltestellen zu entfernen.

Wenn Sie nicht selbst Aufkleber entfernen wollen, können Sie beim Ordnungsamt eine Meldung machen. Über die Webseite [www.maerker.brandenburg.de](http://www.maerker.brandenburg.de) können Bürger\_innen Infrastrukturprobleme melden und auch auf verklebte Sticker aufmerksam machen. Sofern Ihre Kommune an diesem Programm beteiligt ist, ist die Verwaltung dazu verpflichtet, innerhalb von drei Tagen auf Ihren Hinweis zu reagieren. Außerdem kann es sinnvoll sein, die Polizei in Kenntnis zu setzen, insbesondere dann, wenn die Aufkleber volksverhetzende und andere strafbare Inhalte verbreiten. [→ [Meinungsfreiheit oder Volksverhetzung?](#)]

## **Gegen rechte Bedrohungen können Sie sich wehren**

---

Ob als angebliches Mitglied einer angefeindeten Gruppe oder als vermeintliche politische Gegner\_innen wie Journalist\_innen und Engagierte: Viele Menschen müssen mit Bedrohungen von Rechtsextremen rechnen, weil sie nicht in deren Weltbild passen oder sich diesen entgegenstellen. Diese Bedrohungen können einen auf der Straße, zu Hause, am Arbeitsplatz, bei Veranstaltungen oder im Internet treffen. Die Formen der Einschüchterungsversuche sind dabei ganz unterschiedlicher Art und nicht immer treten die Täter\_innen offen in Erscheinung.

Gemein ist Bedrohungen, dass sie bei den Betroffenen Angst auslösen sollen. Außerdem versuchen Rechte damit, die politische und gesellschaftliche Stimmung zu beeinflussen. Wichtig ist: Die Verantwortung für die Bedrohung tragen nicht Sie als Betroffene\_r. Sie haben keinen Fehler gemacht.

Versuchen Sie im Falle einer direkten Bedrohung, selbstbewusst und ruhig aufzutreten. Mit kurzen und präzisen Aufforderungen machen Sie deutlich, dass Sie kein Interesse an einer Eskalation haben. Wahren Sie durch das Siezen eine verbale Distanz, bleiben Sie sachlich und lassen Sie sich auf keine Diskussion ein. Sie können Ihrem Gegenüber auch mitteilen, dass Sie sich vorbehalten, strafrechtliche Maßnahmen bei Missachtung Ihrer Aufforderungen einzuleiten.

Versuchen Sie nicht, die Situation allein durchzustehen, sondern suchen Sie sich Unterstützung. Machen Sie andere, die in unmittelbarer Nähe sind, mittels Blickkontakt oder Ansprache auf Ihre Situation aufmerksam. Eine weitere Person kann oft schon zur Deeskalation beitragen. Versuchen Sie, die Bedrohungen zu dokumentieren, ohne den Selbstschutz dabei außer Acht zu lassen. Fotografieren Sie Drohbriefe oder Schmierereien an Ihrer Hauswand. Machen Sie Screenshots von Anfeindungen im Internet und notieren Sie die URL. [→ **So melden Sie Hasskommentare im Internet**]

Fertigen Sie in jedem Fall ein Gedächtnisprotokoll an, damit Sie Monate oder Jahre später den chronologischen Ablauf und Details präsent haben. [→ **Infokasten: Welche Informationen gehören in ein Gedächtnisprotokoll?**] Dies ist besonders relevant, wenn Sie sich dafür entscheiden, den Vorfall der Polizei zu melden und anzuzeigen.

Es ist vollkommen normal, wenn Sie sich von der Situation überfordert fühlen. Deswegen ist es wichtig, dass Sie sich mit Ihrem Umfeld beraten und überlegen, welches Vorgehen das beste ist. Nehmen Sie auch die Beratungsangebote des Vereins Opferperspektive in Anspruch. Wägen Sie genau ab, ob Sie Bedrohungen öffentlich machen wollen. Auf der einen Seite zeigen Sie dadurch Stärke und vermitteln den Täter\_innen, dass Sie sich nicht einschüchtern lassen. Auf der anderen Seite müssen Sie sich im Klaren sein, dass Sie dadurch unter Umständen noch stärker in den Fokus geraten.

Auch bei der Bewältigung der psychischen Belastung gibt es nicht die eine richtige Strategie. Jeder Mensch ist anders und hat eine andere Form der Verarbeitung. Viele bedrohte Menschen versuchen, sich nicht weiter davon beeinflussen zu lassen. Andere wiederum machen einen Bogen um bestimmte Orte, meiden in den Abendstunden gewisse Gegenden, engagieren sich nicht mehr ehrenamtlich oder halten sich politisch zurück. Um diese Einschränkungen abzulegen, bedarf es Zeit, vertrauenswürdige Menschen und professionelle Hilfe. Diese Auseinandersetzung mit der eigenen Angst ist jedoch ebenso wie der Austausch mit anderen Betroffenen und Unterstützer\_innen wichtig. Wenn wir uns einschränken, haben die rechten Angreifer\_innen ihr Ziel erreicht.

### Weitere Informationen

**Opferperspektive e. V.:** Perspektiven nach einem rechten oder rassistischen Angriff. Handlungsmöglichkeiten und Hilfe für Betroffene, Angehörige und Zeug\*innen, Potsdam 2019.

**Opferperspektive e. V.:** Im Fokus von Neonazis. Rechte Einschüchterungsversuche auf der Straße – zu Hause und im Büro – bei Veranstaltungen – im Internet. Eine Handreichung für Betroffene und Unterstützer\_innen, Potsdam 2014.

**Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK)/Mobile Beratung gegen Rechts-extremismus Berlin (MBR):** Wachsam sein! Zum Umgang mit rechtsextremen Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen, Berlin 2017.

## So zeigen Sie rechte Straftaten an

---

Bei Demonstrationen rufen Rechte häufig zu Gewalt auf, propagieren Hass und zeigen Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. [→ [So erkennen Sie Nazis: ihre Zeichen, Symbole und Codes](#)] Aber auch im Alltag werden Menschen immer öfter auf der Straße rassistisch oder antisemitisch beschimpft oder angegriffen. Im Internet kursieren rechte Gewalt- und Morddrohungen. Auf jüdische Grabsteine werden Hakenkreuze gesprüht.

Es ist wichtig, solche Straftaten zur Anzeige zu bringen. Wenden Sie sich zunächst direkt an die dafür zuständigen Beratungsstellen wie den Verein Opferperspektive. Diese zeigen Ihnen, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt und wie Sie gegebenenfalls ein Strafverfahren einleiten können. Außerdem unterstützt der Verein Betroffene.

Für eine strafrechtliche Verfolgung der Täter\_innen ist es nötig, dass ein Strafverfahren in Gang gesetzt wird. Um sicherzugehen, dass dies auch passiert, empfiehlt es sich, gesondert eine Strafanzeige zu stellen – auch wenn die Polizei vor Ort war. Eine Strafanzeige kann von jeder Person erstattet werden: entweder bei der Polizeidienststelle vor Ort, der Staatsanwaltschaft oder im Internet unter [www.internetwache.brandenburg.de](http://www.internetwache.brandenburg.de).

Viele Gründe sprechen dafür, rechte Gewalttaten anzuzeigen. Es gibt aber auch unterschiedliche Motive und Erfahrungen, die Betroffene oder Zeug\_innen davon abhalten. Derartige Zweifel müssen ernst genommen werden. Sollten Sie zögern, eine Anzeige zu erstatten, oder mehr Informationen benötigen, berät Sie auch hier der Verein Opferperspektive. Bis zu drei Monate nach der Tat können Sie Strafanträge stellen, Strafanzeigen erst einmal ohne Frist.

Viele rechte Straftaten kommen nie zur Anzeige, weil Betroffene Angst vor den Gewalttäter\_innen oder auch Angst vor der Polizei haben. Für Geflüchtete kommt hinzu, dass sie aus Sorge um ihren Aufenthaltsstatus oder ihr laufendes Asylverfahren lieber kein Aufsehen erregen wollen. Es kann aber auch sein, dass eine Straftat gar nicht als solche erkannt oder als nichtig angesehen wird, weil es sich zum Beispiel um ein Propagandadelikt handelt. Allerdings: Wenn Sie zum Beispiel eine Hakenkreuz-Schmiererei entfernen, statt sie zunächst anzuzeigen, kann diese auch nicht in der Polizeistatistik über rechte Straftaten aufgeführt werden. Diese Statistiken sind jedoch wichtig, um die Gesellschaft für das Problem zu sensibilisieren.

Sollte es zu körperlichen Verletzungen gekommen sein, ist es wichtig, sich diese umgehend nach dem Geschehen und bei länger andauernden Folgeerscheinungen auch mehrfach ärztlich attestieren zu lassen. Sichtbare Verletzungen sollten am besten fotografiert werden. Dokumentieren Sie auch Sachschäden, etwa beschädigte Kleidung, Wohngegenstände, Schäden am Fahrzeug oder am Eingangsbereich der Wohnung und, wenn möglich, sichern Sie diese. Das ist hilfreich, um gegebenenfalls Schadensersatz und Wiedergutmachung einzufordern. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Sie finanziell zu unterstützen: Zusammen mit den Opferberatungsstellen können Sie beim Bundesamt für Justiz einen Antrag auf Entschädigung stellen, außerdem hat die Amadeu Antonio Stiftung den Opferfonds CURA eingerichtet.

Ob als angegriffene Person oder Zeugin bzw. Zeuge: Verfassen Sie ein möglichst detailliertes Gedächtnisprotokoll mit Ihren persönlichen Erinnerungen an den Vorfall. [→ **Infokasten: Welche Informationen gehören in ein Gedächtnisprotokoll?**] Bei einem Gerichtsverfahren können Sie darauf zurückgreifen.

### **Weitere Informationen**

**Opferperspektive e. V.:** Perspektiven nach einem rechten oder rassistischen Angriff. Handlungsmöglichkeiten und Hilfe für Betroffene, Angehörige und Zeug\*innen, Potsdam 2019.

**Toolbox gegen rechte Gewalt:** Was tun nach einem rechten Angriff, unter: [www.toolbox-gegen-rechts.de](http://www.toolbox-gegen-rechts.de).

## **✘ WELCHE INFORMATIONEN GEHÖREN IN EIN GEDÄCHTNISPROTOKOLL?**

Am wichtigsten ist es, nicht zu lange zu warten. Denn die Erinnerungen verblassen schnell, manche relevanten Details könnten verloren gehen. Notieren Sie sich zunächst alles so genau wie möglich: Datum, genauen Ort und Uhrzeit sowie Namen von Betroffenen und Zeug\_innen mit Kontaktdaten und kurzer Beschreibung dessen, wo diese sich während des Geschehens befanden und was sie berichten können; beschreiben Sie gegebenenfalls äußere Umstände wie Witterung, Lichtverhältnisse und Besonderheiten. Sehr wichtig sind Informationen zu den Täter\_innen. Wenn Ihnen der Name nicht bekannt ist, fertigen Sie eine genaue Personenbeschreibung an: Dazu gehören neben dem zugeschriebenen Geschlecht und der geschätzten Größe auch das mutmaßliche Alter, Haarfarbe und -länge, Körperbau, Tätowierungen, Stimme und etwaiger Akzent sowie die getragene Kleidung und sonstige Auffälligkeiten. Beginnen Sie dann mit der genauen Schilderung des zeitlichen und räumlichen Verlaufs. Was ist passiert und in welcher Reihenfolge? Wie begann die Eskalation? Von wo und wem kamen Schläge/Tritte? Mit welchen Worten wurden Sie beschimpft? Achten Sie auf eine möglichst sachliche und detaillierte Beschreibung der Vorgänge. Grundsätzlich sollten hier Fakten und nicht Vermutungen oder Emotionen im Vordergrund stehen. Beschreiben Sie auch, ob und an welchem Punkt Sie selbst in Angst oder gar Panik geraten sind. Bedenken Sie, dass auch Nebensächlichkeiten wichtig sein können. Sinnvoll ist eine Skizze des Tatorts, gegebenenfalls auf einem Kartenausdruck. Protokollieren Sie auf jeden Fall Straftaten und Verletzungen. Fügen Sie dem Gedächtnisprotokoll alle Unterlagen an, die das Tatgeschehen und seine Folgen dokumentieren: Handyfotos und -videos, Arztatteste über Verletzungen, Bescheinigungen über Verdienstaussfälle und Ähnliches. Verwahren Sie das Gedächtnisprotokoll an einem geschützten Ort. Es dient Ihnen als Sicherheit und sollte nicht in falsche Hände geraten.



## **Zeigen Sie Solidarität, wenn jemand angegriffen wird**

Auch in Brandenburg gehören rechte Angriffe zum traurigen Alltag. Die Bandbreite reicht von Pöbeleien über gezielte Bedrohungen bis hin zu körperlichen Übergriffen. Betroffen sind Menschen, die nicht in das Weltbild von Neonazis und Rassist\_innen passen.

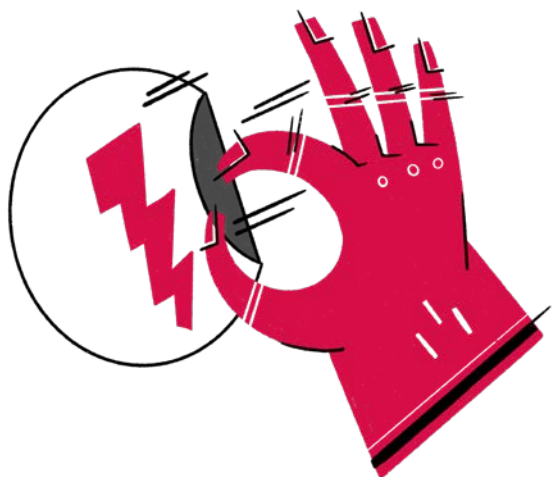
Sollten Sie bereits selbst Zeugin oder Zeuge eines Angriffs geworden sein, wissen Sie, wie schwierig es ist, in einer solchen Situation spontan zu handeln. Viele Menschen sind mit dem plötzlichen Ereignis überfordert und reagieren nicht so, wie sie es sich eigentlich wünschen. Es ist daher sinnvoll, sich gedanklich auf eine solche Situation vorzubereiten. Um Zivilcourage zu zeigen, empfiehlt sich ein Vorgehen in drei Schritten: 1. Beobachtung der Situation, 2. Kontaktaufbau zur betroffenen Person und 3. gemeinsames Handeln. Wichtig ist, dass Sie versuchen, ruhig zu bleiben, und sich selbst nicht in Gefahr bringen.

Verschaffen Sie sich zunächst einen Überblick über die Situation. Finden Sie heraus, wer und wie viele Personen von dem Angriff betroffen sind. Wer sind der oder die Angreifer\_innen und um wie viele Personen handelt es sich? Versuchen Sie, sich Merkmale der Angreifer\_innen einzuprägen. Welche Kleidung tragen sie? Gibt es auffallende Symbole oder Tätowierungen? Sind sie bewaffnet? Widmen Sie sich dann der Frage, welche Fluchtwege es gibt, um in Sicherheit zu kommen. Schauen Sie sich um und überlegen Sie, wen Sie in der näheren Umgebung ansprechen können, um gemeinsam aktiv zu werden. Sprechen Sie Anwesende direkt an und bitten Sie sie um Unterstützung. Hilfreich ist es, die jeweilige Person mit Bezug auf bestimmte Merkmale zu adressieren. Ein Beispiel: „Sie, mit den kurzen Haaren, der Brille und der blauen Jacke, ich benötige Ihre Hilfe.“ Versuchen Sie, mehrere Personen hinzuzuziehen. Ein gemeinsames Agieren als Gruppe bietet mehr Sicherheit und demonstriert Stärke. Zudem können Aufgaben in einer Gruppe besser verteilt werden: Eine Person kann zum Beispiel die Polizei benachrichtigen, eine andere in Bus oder Bahn Aufsichtspersonal herbeirufen.

Bedenken Sie, dass auch eine verbale Auseinandersetzung in einen tätlichen Angriff übergehen kann. Nehmen Sie Kontakt zu der betroffenen Person auf, indem Sie sich zum Beispiel neben sie stellen und sie fragen, ob sie Hilfe wünscht. Handeln Sie nicht über den Kopf von Betroffenen hinweg, sondern zeigen Sie Ihre Solidarität. Je nach Situation können Sie der Per-

son argumentativ zur Seite stehen oder sie direkt vor Angriffen schützen, indem Sie sie aus dem Blickfeld der Angreifer\_innen nehmen. Verlieren Sie die Angreifer\_innen jedoch nicht aus den Augen. Aus einer sicheren Distanz können Sie diese auffordern, weitere Angriffe zu unterlassen, und ihnen mitteilen, dass Sie bereits die Polizei gerufen haben. Mit Ihrem Smartphone können Sie die Täter\_innen filmen. Vergessen Sie auch hier nicht Ihre eigene Sicherheit.

Nachdem die betroffene Person in Sicherheit ist, fragen Sie sie nach möglichen Verletzungen. Bieten Sie gegebenenfalls an, sie ins Krankenhaus zu begleiten. Stellen Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten sicher, dass die Person abgeholt wird oder das Krankenhauspersonal sich darum kümmert. Ärzt\_innen sollten gebeten werden, Verletzungen zu attestieren. Fertigen Sie unbedingt zeitnah ein Gedächtnisprotokoll an. [→ Infokasten: Welche Informationen gehören in ein Gedächtnisprotokoll?] Sollte es zu einem Prozess kommen, kann dies von enormer Bedeutung sein. Wenden Sie sich außerdem an den Verein Opferperspektive, der Ihnen bei allen Fragen rund um das Thema rassistische und rechte Angriffe hilft.





ERKENNEN

# Meinungsfreiheit oder Volksverhetzung?

Ob in sozialen Medien oder abseits des Internets: Immer wieder stößt man auf extrem rechte und rassistische Aussagen. Sei es, dass die Befreiung vom Nationalsozialismus auf Flugblättern als „Befreiungslüge“ bezeichnet wird, dass Geflüchtete wegen ihrer Herkunft beleidigt werden oder dass ein\_e Besucher\_in einer Gedenkstätte behauptet, Gaskammern hätte es nicht gegeben. In all diesen Fällen hat die Brandenburger Polizei Ermittlungen wegen Volksverhetzung eingeleitet. Doch warum sind solche Aussagen nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt?

Das Grundgesetz stellt in Artikel 5 sicher, dass die Menschen ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild frei äußern können und vom Staat dafür nicht belangt werden. Eine Zensur findet nicht statt. An gleicher Stelle heißt es jedoch auch, dass die Meinungsfreiheit Grenzen hat. Weitere Gesetze führen aus, dass nicht gegen Bevölkerungsgruppen gehetzt, zu Hass und Gewalt aufgestachelt oder ein anderer Mensch beleidigt werden darf. Im Strafgesetzbuch ist dies insbesondere in Paragraph 130 unter dem Titel „Volksverhetzung“ geregelt, der es auch verbietet, den Nationalsozialismus zu verherrlichen.

Unsere Gesetze schränken die Meinungsfreiheit also tatsächlich ein. In anderen Ländern sind Aussagen, die zum Beispiel den Holocaust leugnen, erlaubt. In Deutschland und den meisten demokratischen Staaten jedoch gilt solche Hetze als inakzeptabel, denn sie ist ein Angriff auf andere hohe Rechtsgüter – die Würde des Menschen und den Frieden in der Gesellschaft. Dass Rechtsgüter gegeneinander abgewogen werden, dass eine Freiheit dort endet, wo sie eine andere einschränkt, ist Normalität im demokratischen Rechtsstaat.

Wenn Rassist\_innen oder Neonazis ihre Hetze mit der Meinungsfreiheit rechtfertigen, ignorieren sie somit wichtige Rechte und Freiheiten anderer Menschen und handeln nicht im Sinne der Verfassung. Ihr Ruf nach Meinungsfreiheit ist vielmehr der Versuch, Kritik abzuwehren.

Nach dem Strafgesetzbuch ist eine Aussage als Volksverhetzung strafbar, wenn sie sich gegen eine Gruppe richtet, die anhand ihrer vermeintlichen „Rasse“, Nationalität, Religion oder Herkunft ausgemacht wird, gegen Teile der Bevölkerung oder gegen eine Einzelperson, die einer solchen Gruppe

oder einem Teil der Bevölkerung zugehörig sein soll. Die Äußerung muss außerdem zum Hass aufstacheln, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordern oder die Menschenwürde angreifen. Auch die Verherrlichung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen oder deren Leugnung fallen unter das Verbot der Volksverhetzung. Weitere Voraussetzung für eine Strafbarkeit als Volksverhetzung ist die öffentliche Wirkung der Äußerung: Sie muss den „öffentlichen Frieden“ stören.

Extrem rechte oder rassistische Äußerungen können alternativ oder gleichzeitig auch gegen andere Strafnormen verstoßen. In Betracht kommen Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung, Nötigung, Bedrohung oder öffentliche Aufforderung zu Straftaten.

Angesichts zunehmender Hasskriminalität im Internet müssen Gerichte immer neu entscheiden, ob Aussagen strafbar sind oder unter die Meinungsfreiheit fallen. Laien können sich an Leitfäden von Jurist\_innen und Behörden orientieren. Im Zweifel entscheiden die Staatsanwaltschaften und Gerichte über die weitere Verfolgung eines als Straftat angezeigten Sachverhalts. [\[→ So zeigen Sie rechte Straftaten an\]](#) Es reicht, dass Sie schildern, was geschehen ist, Sie müssen nicht selbst angeben, welche Norm des Strafgesetzbuchs aus Ihrer Sicht dadurch verletzt wurde.

Bis es zu einer Entscheidung von Staatsanwaltschaft oder Gericht kommt, kann es Monate oder Jahre dauern. So wichtig es ist, Straftaten anzuzeigen, so wichtig ist es auch, sofort zu handeln – und bei Hetze im Internet und im Alltag zu widersprechen, diese zu melden und politisch aktiv zu werden. [\[→ Widersprechen Sie Hass im Netz | So melden Sie Hasskommentare im Internet\]](#)

## Weitere Informationen

**Darmstadt, Alina/Prinz, Mick/Saal, Oliver:** Menschenwürde online verteidigen. 33 Social Media-Tipps für die Zivilgesellschaft, hrsg. von der Amadeu Antonio Stiftung, Berlin 2020.

**Recht gegen Rechts:** Informationen, um strafbare Sprüche, Aktionen und Symbole der Rechten zu erkennen, unter: [www.recht-gegen-rechts.de](http://www.recht-gegen-rechts.de).

## So erkennen Sie Nazis: ihre Zeichen, Symbole und Codes

---

Viele rechte Symbole sind für Außenstehende nicht leicht zu entschlüsseln. Man erkennt sie nur, wenn man um ihren Hintergrund weiß. Ein sehr gängiges Beispiel sind Zahlenkombinationen wie die 88. Die Acht steht für „H“, den achten Buchstaben im Alphabet, und dient somit als Abkürzung für „Heil Hitler“. Ähnlich verhält es sich bei der Zahl 28 als Abkürzung für das Neonazi-Netzwerk „Blood & Honour“.

Zeichen und Symbole vereinfachen die Komplexität von Botschaften. In der rechten Szene vermitteln diese Codes darüber hinaus Zugehörigkeit und sind oft nur für Eingeweihte zu verstehen. Hinzu kommt, dass bestimmte Symbole nicht nur von der extremen Rechten verwendet werden. Deshalb ist es oft schwer, strafrechtlich gegen sie vorzugehen. Anders und eindeutig ist es bei Kennzeichen von verfassungswidrigen Organisationen, die nach Paragraph 86a Strafgesetzbuch verboten sind und deren Verwendung mit einer Geldstrafe oder Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren belangt wird. Unter diese Kennzeichen fallen Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußformeln von Parteien oder Vereinigungen des Nationalsozialismus oder anderen nach 1945 verbotenen Organisationen sowie solche, die ihnen zum Verwechseln ähnlich sind. Im Privaten allerdings sind sie erlaubt. Daher ist auf Neonazi-Aufmärschen oftmals zu sehen, dass Teilnehmende bestimmte Tätowierungen verdecken.

Um eine Strafverfolgung zu umgehen, werden Ersatzsymbole wie die erwähnte „88“ kreiert. Eine andere Variante ist es, Vokale wegzulassen, sodass nur noch „HKNKRZ“ zu lesen ist. Auch wenn hier derselbe Inhalt transportiert wird, ist diese Abkürzung nicht strafbar.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Symbolen, die strafrechtlich nicht relevant sind und trotzdem Bezüge zum Nationalsozialismus aufweisen. Darunter fallen zum Beispiel der Reichsadler, die Farbkombination Schwarz-Weiß-Rot, die Reichskriegsfahne in den Versionen bis 1935 oder auch viele Runen, die einzeln oder zusammengefügt in Symbolen wie der sogenannte Schwarzen Sonne im Nationalsozialismus verwendet wurden.

Neonazis greifen auch auf antisemitische Darstellungen zurück: Jüdinnen und Juden werden verächtlich mit Hakennase, Zylinder oder anderen zugeschriebenen Merkmalen abgebildet. Als Symbol für die angebliche jüdische

Weltherrschaft werden eine die Welt umfassende Krake ebenso genutzt wie Bilder von Marionettenspielern, die Politik und Wirtschaft lenken. Eine häufige Abkürzung in diesem Zusammenhang ist ZOG für „Zionist Occupied Government“ („Zionistisch besetzte Regierung“).

Zudem gibt es zahlreiche rassistische Symbole, zum Beispiel die „White Power“-Faust, die für eine „weiße Vorherrschaft“ steht. Einige dieser Symbole beziehen sich auf den US-amerikanischen Ku-Klux-Klan, andere greifen aktuelle Themen auf: Den antirassistischen Slogan „Refugees welcome“ („Flüchtlinge willkommen“) wandelten Neonazis beispielsweise um in „Rapefugees not welcome“ und unterstellen mit dieser Wortneuschöpfung allen männlichen Geflüchteten, Vergewaltiger zu sein.

Auch die Glorifizierung von Gewalt und rechtem Terror schlägt sich in Zeichen und Symbolen nieder. Neonazis greifen immer wieder auf die Comicfigur Paulchen Panther zurück und beziehen sich damit positiv auf die rassistischen Morde des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) und sein Bekennervideo mit dem rosaroten Panther. Teil des NSU-Unterstützernetzes waren das im Jahr 2000 in Deutschland verbotene rechte Musiknetzwerk „Blood & Honour“ sowie dessen erst 2020 verbotener bewaffneter Arm „Combat 18“ („Kampftruppe Adolf Hitler“).

Die Beispiele zeigen, dass nicht alle rassistischen, NS-verherrlichenden oder antisemitischen Zeichen und Symbole verboten sind. Sie verdeutlichen uns, dass wir Neonazis nicht nur mit Verboten begegnen können, sondern ihnen auch politisch und gesellschaftlich entgegenzutreten müssen.

### Weitere Informationen

**Agentur für soziale Perspektiven (Hrsg.):** Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von Neonazis und extremen Rechten, Berlin 2017, unter: [www.dasversteckspiel.de](http://www.dasversteckspiel.de).



## So erkennen Sie Nazis: ihre Marken

Das Tragen rechter Bekleidungsmarken verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele: Es geht zum einen um ein offensives Bekenntnis zu rechter Ideologie und zum anderen darum, sich untereinander zu erkennen. Ersteres dient der Kommunikation nach außen, Letzteres vor allem der Stärkung der eigenen Szene und der eigenen Identität.

Gerade bei rassistischen, gewaltverherrlichenden oder nationalsozialistischen Motiven ist es recht offensichtlich, welches Weltbild Ihr Gegenüber vertritt. Hier ist es wichtig, sich nicht einschüchtern zu lassen – denn genau das wird mit dem martialischen Auftreten beabsichtigt. Menschenfeindlichkeit sollte auch hier nicht unwidersprochen bleiben – aber selbstverständlich unter Berücksichtigung der eigenen Sicherheit. Bei Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Symbole ist auch eine Strafanzeige möglich. Bringen Sie sich jedoch nicht selbst in Gefahr. Wenden Sie sich gegebenenfalls an örtliches Sicherheitspersonal, zum Beispiel auf öffentlichen Festen, im Bus, in der Bahn oder im Fußballstadion.

Mit der Wahl ihrer Kleidung tragen Neonazis häufig ihre rechte Gesinnung nach außen. Doch diese ist nicht immer leicht zu erkennen, denn der rechte Kleidungsstil hat sich ausdifferenziert. Die einschlägigen neonazistischen Bekleidungsmarken sind häufig geschickt darin, die eigentliche Aussage ihrer Motive zu verschleiern, um strafrechtliche Konsequenzen zu vermeiden. Hier gilt es, genau hinzuschauen und auf Hinweise zu achten. Es gibt verschiedene Szenecodes wie Zahlenkombinationen, Runen, Frakturschrift, völkische Symboliken oder nordische Götter, auch unverdächtige Marken bedienen sich zuweilen dieser Motive. [→ [So erkennen Sie Nazis: ihre Zeichen, Symbole und Codes](#)] Im Zweifel empfiehlt es sich daher, den Markennamen sowie dazugehörige Informationen im Internet zu recherchieren. Je nach Ihrer Beziehung zu der jeweiligen Person können Sie auch einfach fragen, was sie für Kleidung trägt.

Eine gute und regelmäßig aktualisierte Übersicht bietet die Broschüre „Versteckspiel“, zu der es auch eine umfassende Homepage gibt. Neben rechten Modemarken existiert eine große Bandbreite an Kleidung rechter Bands oder aus dem Umfeld rechter Gruppierungen wie den Identitären. Es ist kaum möglich, jedes Motiv zu kennen. Viel entscheidender ist, dass Sie sich für dieses Thema sensibilisieren und genau hinschauen.

## ✘ RECHTE MODEMARKEN IN BRANDENBURG

„**Thor Steinar**“ (Gründung 2002, Sitz in Mittenwalde) bemüht sich um einen vermeintlich unauffälligen, skandinavischen Stil. Gleichzeitig finden sich nicht nur Bezüge zur nordischen Mythologie, sondern auch völkische Motive und solche, die den deutschen Kolonialismus und die deutsche Vergangenheit glorifizieren. Trotz des rechten Hintergrunds der Marke ist „Thor Steinar“ über die rechtsextreme Szene hinaus populär.

„**Erik and Sons**“ (Gründung 2007, Sitz in Königs Wusterhausen) produziert vor allem sportliche Kleidung, auf der Sprüche wie „My favorite color is white“ oder „Ultra intolerant“ mit Männern mit Baseballschlägern kombiniert werden. Daneben finden sich immer wieder nordische Bezüge.

„**Boxing Connection**“ / „**Label 23**“ (Gründung 2009, Sitz in Cottbus) wurde von Neonazis ins Leben gerufen und richtet sich vor allem an die rechte Kampfsportszene. Neben gewaltverherrlichenden Motiven finden sich doppeldeutige Schriftzüge, um nicht eindeutig als rechte Marke erkennbar zu sein.

„**Greifvogel Wear**“ (Gründung 2013, registriert in Dresden, seit 2016 Sitz in Lindenau) unterstützt regelmäßig rechte Kampfsportveranstaltungen. Einzelne rechte Kampfsportler werden zudem im „Team Greifvogel“ gesponsert.

„**Black Legion**“ (Gründung 2016, Sitz in Cottbus) versteht sich explizit als Marke „von der Szene für die Szene“. Moderne Designs werden zum Teil mit NS-verherrlichenden und aktuellen rechten Sprüchen kombiniert. Auch „Black Legion“ ist Sponsor rechter Kampfsportevents und verfügt über ein eigenes Team.

## So erkennen Sie Nazis: ihre Musik

In Brandenburg existieren seit Jahren mehrere Dutzend extrem rechte Musikprojekte. Musik erfüllt eine soziale Funktion und kann als Verstärker bei denjenigen dienen, deren Einstellung nach rechts offen ist. Vor allem unter jungen Menschen ist sie weit verbreitet. Zwar wird niemand durch das bloße Hören rechter Musik zum Neonazi. Trotzdem dient rechtsextreme Musik oft als Einstieg in die Szene. Als niedrigschwelliges Angebot stiftet sie Identität und vermittelt politische Propaganda. Gleichzeitig spült das Geschäft mit Rechtsrock viel Geld in neonazistische Strukturen.

Es kann durchaus passieren, dass Sie bei einer Kollegin auf der Arbeit, auf der Geburtstagsfeier eines Freundes oder aus dem Jugendzimmer zufällig rechte Musik hören. In solchen Fällen ist es wichtig einzuschreiten. Allerdings ist es gar nicht immer leicht, Neonazi-Musik als solche zu erkennen.

Wenn von rechter Musik gesprochen wird, geht es meist um den sogenannten Rechtsrock. Dieser Begriff wurde in den 1980er Jahren geprägt und bezog sich damals im weitesten Sinne auf den Musikstil des Rocks. Dieser dominiert auch heute die Szene, seit den 1990er Jahren sind jedoch diverse andere Stile hinzugekommen: Hip-Hop und Rap, Techno, Black Metal, Hardcore, Balladen und Singer/Songwriter.

Rechtsrock, so haben die Musikexperten Martin Langebach und Jan Raabe herausgestellt, wird als Klammer für „nationalistische, ethnozentristische, sozialdarwinistische, antisemitische, sexistische, pro-nazistische, eine Rechtsdiktatur befürwortende und/oder den Nationalsozialismus verherrlichende“ Liedtexte gebraucht. Es sind also in erster Linie die Texte, die Aufschluss über die politische Orientierung der Musik geben. Gerade bei schroff gespielterem Rock ist es manchmal schwer, den Inhalt überhaupt zu verstehen. Deswegen empfiehlt es sich, auf Schlüsselwörter zu achten, um dann gegebenenfalls nachzuhaken und selbst zu recherchieren. Hinweise geben zudem die Cover der Alben und die Musikvideos der Bands. Sie sind meist gekennzeichnet durch eine martialische, gewaltverherrlichende, oft sexistische und diskriminierende Bildsprache. Doch auch hier sind rechtsextreme Inhalte nicht immer eindeutig zu erkennen, da mitunter eine codierte Sprache, Metaphern und Anspielungen genutzt werden. Anhaltspunkte können die verwendeten Zeichen und Symbole geben. [→ So erkennen Sie Nazis: ihre Zeichen, Symbole und Codes]

### Weitere Informationen

**Botsch, Gideon/Raabe, Jan/Schulze, Christoph (Hrsg.):** Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs, Berlin 2019.

**Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM),** unter:  
[www.bundespruefstelle.de](http://www.bundespruefstelle.de).

### ✘ INDIZIERUNG DURCH DIE BUNDESPRÜFSTELLE FÜR JUGENDGEFÄHRDENDE MEDIEN

Im Falle eines Verbots dürfen die entsprechenden Tonträger nicht öffentlich verbreitet werden und erfahren dadurch eine geringere Aufmerksamkeit. Von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BpjM) werden auf Grundlage des Jugendschutzgesetzes zum Beispiel Medien indiziert, in denen der Nationalsozialismus verherrlicht oder verharmlost oder Rassismus propagiert wird. Indizierte Lieder und Alben dürfen nicht beworben und nicht Kindern und Jugendlichen zugänglich gemacht werden – weder durch Geschäfte, Online-Versandhandel, Radio, YouTube oder andere Streamingdienste.





ENTGEGENTRETEN

## Nazi-Veranstaltungen können Sie verhindern

Mit Veranstaltungen versucht die extreme Rechte, ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten, neue Anhänger\_innen zu gewinnen und den inneren Zusammenhalt zu stärken. Für Wahlkampfveranstaltungen, Schulungen, Konferenzen oder Konzerte werden Räume benötigt. Da Rechte nicht immer über eigene Immobilien verfügen, versuchen sie regelmäßig, Bürgerhäuser, Gaststätten, Hotels, Vereinshäuser oder Jugendzentren anzumieten.

Nehmen Sie nicht hin, dass in Ihrem Ort rechte Hetze und Propaganda verbreitet werden. Protest gegen Neonazi-Veranstaltungen kann als Kundgebung oder Demonstration vor dem Veranstaltungsort, in Flugblättern, in Leserbriefen, in Petitionen an die Politik oder in Informationsveranstaltungen zum Ausdruck kommen. Außerdem ist es möglich, die Durchführung rechtsextremer Veranstaltungen zu verhindern.

Wenn Sie von einer rechtsextremen Veranstaltung erfahren, ist es sinnvoll, sich Bündnispartner vor Ort und in der Region zu suchen. Diese können eine regionale Initiative gegen rechts, das Aktionsbündnis Brandenburg oder seine Mitglieder sein, aber auch andere empörte Einwohner\_innen, die Kirchgemeinde oder die demokratischen Parteien. Wenn der Veranstaltungsort nicht als rechtsextremer Treffpunkt bekannt ist, können Sie die Besitzer\_innen der Räumlichkeiten über die rechten Mieter\_innen informieren und sie um eine Aufkündigung des Mietverhältnisses bitten. Es ist möglich, dass diese die Hintergründe nicht kannten und mit dem entsprechenden Wissen die Veranstaltung nun nicht mehr durchführen wollen.

Erhalten Sie keine Antwort oder sind die Vermieter\_innen Ihnen gegenüber feindselig eingestellt, können Sie öffentlich Druck erzeugen. Informieren Sie die örtliche Verwaltung und die Polizei über die Veranstaltung. Machen Sie mit einem offenen Brief oder einem Aufruf die Presse und die Öffentlichkeit aufmerksam. Organisieren Sie eine Protestveranstaltung, zum Beispiel eine Demonstration. [→ **So organisieren Sie eine Demo oder Kundgebung gegen rechts**] Häufig rücken Vermieter\_innen von ihren rechtsextremen Kund\_innen ab, wenn sie Gegenwind spüren oder um ihren regulären Geschäftsbetrieb fürchten müssen.

## Weitere Informationen

**Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR):** Handlungs-Räume. Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen öffentlich-rechtlicher Räume, Berlin 2009.

### **✘ HINWEISE FÜR VERMIETER\_INNEN**

Es gibt keine Pflicht, an Neonazis oder andere extrem rechte Gruppierungen Räume zu vermieten! Sie sollten jede Anfrage sorgfältig prüfen: Fordern Sie genaue Angaben über beteiligte Organisationen oder Parteien und lassen Sie sich den Anlass, die Art und das Motto der Veranstaltung mitteilen. Informieren Sie sich über die Interessent\_innen zum Beispiel im Internet. Nehmen Sie bei Bedenken Kontakt mit Expert\_innen aus dem lokalen Bündnis gegen Rechtsextremismus oder dem Mobilien Beratungsteam Brandenburg (MBT) auf. Führen Sie Gespräche mit den Mietinteressent\_innen, um einen Eindruck zu gewinnen, und holen Sie gegebenenfalls eine zweite Person als Zeugin hinzu.

Halten Sie in Ihrem Nutzungs- und Mietvertrag fest, dass rechtsextreme, rassistische oder antisemitische Äußerungen untersagt sind. Verweisen Sie darauf, dass Sie als Besitzer\_in auch während der Durchführung der Veranstaltung die Option haben, die vertragsgemäße Nutzung der Räumlichkeiten zu überprüfen. Lassen Sie sich die Kontaktdaten einer verantwortlichen Person geben, die Ihnen vor, während und nach der Veranstaltung als Ansprechperson zur Verfügung steht. Halten Sie im Vertrag eine Kündigungsklausel fest. Sollte es dennoch zu einer Vermietung an Rechtsextreme gekommen sein, können Sie somit rechtssicher die Veranstaltung abbrechen und gegebenenfalls die Polizei hinzurufen. Auch ist es möglich, eine im Vertrag festgeschriebene Vertragsstrafe zu verlangen.



# So organisieren Sie eine Demo oder Kundgebung gegen rechts

Demonstrationen oder stationäre Kundgebungen sind wichtige Mittel, um eine politische Botschaft in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie können damit auf ein Problem hinweisen, zeigen, dass viele Menschen hinter dem Anliegen Ihrer Initiative stehen, und gegen rechtsextreme und rassistische Aufmärsche protestieren.

Eine solche Versammlung kann für große Aufmerksamkeit sorgen, will allerdings gut vorbereitet sein. Suchen Sie sich Bündnispartner und verteilen Sie die Aufgaben untereinander. Sinnvoll ist es, sowohl eine Art Checkliste als auch einen Zeit- bzw. Ablaufplan zu erstellen.

Nach den ersten Planungen über den Zweck der Demonstration/Kundgebung, das Motto, den Ablauf, die Werbung und die Teilnehmer\_innen ist es Zeit für die Anmeldung bei der örtlichen Polizeidirektion bzw. Versammlungsbehörde. Die Polizei Brandenburg bietet überdies die Möglichkeit der Online-Anmeldung. Für eine Anmeldung – ob online oder vor Ort – bedarf es nur einer schriftlichen Mitteilung, die folgende Informationen enthalten muss:

- Name der Anmelderin bzw. des Anmelders,
- gegebenenfalls Name einer abweichenden Versammlungsleitung,
- Motto,
- Datum,
- Beginn und voraussichtliches Ende,
- Ort bzw. Route der Versammlung,
- geschätzte Zahl der Teilnehmer\_innen und
- mögliche Hilfsmittel wie Lautsprecherwagen.

Erst 48 Stunden nach der Anmeldung darf die Demo beworben werden. Bei kurzfristigen Anlässen gibt es die Möglichkeit einer Eil- bzw. Spontanversammlung. Hier gilt die 48-Stunden-Regel nicht. Es muss aber spätestens in dem Moment eine Mitteilung an die Polizei erfolgt sein, in dem eine Versammlungsleitung als solche auftritt – zum Beispiel im Rahmen eines vorherigen Aufrufs oder bei organisatorischen Durchsagen mit einem Megafon. Dies kann bei rein spontanen Zusammenkünften, bei denen es keine vorherige Planung gab, auch direkt vor Ort geschehen.

In der Regel folgen einer Anmeldung ein Kooperationsgespräch mit den Behörden und ein Auflagenbescheid. Sollten sich darin Einschränkungen Ihrer Versammlung finden, die Sie nicht akzeptieren wollen, zum Beispiel die Verlegung der Route oder eine Beschränkung der mitgeführten Transparente, ist der Austausch mit erfahrenen Organisationen wie Gewerkschaften und spezialisierten Anwält\_innen sinnvoll.

Insbesondere mit etwas Vorbereitungszeit können Sie Ablauf und Programm der Demonstration oder Kundgebung vielfältig gestalten. Sie können Redner\_innen anderer Initiativen einladen, um eine größere Wirkung zu erzielen und mehr Menschen zu erreichen. Auch eingespielte oder Live-Musikbeiträge sind möglich. Transparente, Banner, Schilder und Fahnen können angefertigt und dem Anlass entsprechend gestaltet werden. Absprachen über Inhalte und Länge der Beiträge sind genauso wichtig wie eine gut vorbereitete Moderation. Ob Sie Vertreter\_innen von Parteien zu Wort kommen lassen oder sogar ein offenes Mikrofon anbieten wollen, sollten Sie sich gut überlegen. Machen Sie sich auch Gedanken über eine sinnvolle Demonstrationsroute: Wie viele Kilometer sind für die Teilnehmer\_innen gut zu schaffen? Sollen Zwischenkundgebungen abgehalten werden? Gibt es an der Route Menschen, die Ihre Inhalte mitbekommen? Achten Sie darauf, dass Passant\_innen verstehen, aus welchem Anlass demonstriert wird. Dafür empfiehlt es sich, einen kurzen Text vorzubereiten, den Sie in regelmäßigen Abständen während der Demonstration durchsagen oder auch als Flugblatt am Rande der Route verteilen können.

Bei kleineren Veranstaltungen reicht manchmal ein Megafon, doch oft ist eine Musikanlage empfehlenswert. Diese kann bei Gewerkschaften oder Jugendzentren ausgeliehen werden. Neben der Versammlungsleitung sollten auch Personen als Ordner\_innen gemäß dem Auflagenbescheid benannt werden. Als Faustregel gilt hier pro 50 Teilnehmer\_innen ein\_e Ordner\_in. Informieren Sie die Presse über Ihr Vorhaben, zum Beispiel mit einer Pressemitteilung. [→ **Darauf sollten Sie bei einer Pressemitteilung achten**] Wichtig sind Ansprechpartner\_innen für die Presse, sowohl im Vorfeld als auch am Tag der Aktion. Diese sollten zudem telefonisch erreichbar sein.

Bewerben Sie die Demonstration mit genügend Vorlauf. Werbung ist in sozialen Netzwerken und über Mailinglisten möglich, aber auch Flyer und Plakate sind sinnvoll. [→ **Flugblätter und Plakate ansprechend gestalten**] Oft reicht ein kurzer und einfach zu verstehender Aufruf oder ein Plakat mit Antworten auf die wichtigen Fragen:

- Warum findet die Demo statt?
- Wo und wann?
- Wer ist Veranstalter\_in?
- Was wird auf der Demo passieren?

Je besser die Vorbereitung einer Versammlung, desto einfacher ist die Durchführung. Wenn alle Aufgaben auf ausreichend Schultern verteilt sind und weitere Leute für Unvorhergesehenes zur Verfügung stehen, ist niemand überlastet. Alle Verantwortlichen sollten während der gesamten Veranstaltung miteinander in Kontakt stehen. Versuchen Sie, sich auch auf ungeplante Ereignisse einzustellen – seien es schlechtes Wetter, medizinische Zwischenfälle oder Störungen durch Rechtsextreme. Wenn alle Beteiligten gut vorbereitet sind, Ruhe bewahren, das Geschehen im Blick behalten und den eigenen Aufgabenbereich abdecken, steht einer reibungslosen Veranstaltung nichts im Weg. Vergessen Sie nicht, für die Öffentlichkeitsarbeit die Teilnehmer\_innen zu zählen und die Ereignisse mit Fotos oder sogar Videos zu dokumentieren. Wenn Sie Ihre Veranstaltung dokumentieren, teilen Sie das den Teilnehmer\_innen vorher über den Lautsprecherwagen mit. So können Sie am Ende hoffentlich auf eine erfolgreiche Veranstaltung zurückblicken.

### Weitere Informationen

**Aktionsbündnis Brandenburg:** Protest gegen rechts. Ein praktischer Leitfaden zum Versammlungsrecht in Brandenburg, Potsdam 2017.

## **Wie wird Ihr Konzert gegen rechts ein Erfolg?**

Ein Konzert ist eine niedrighschwellige Möglichkeit, ein Zeichen gegen Rechtsextremismus oder Rassismus zu setzen. Damit können nicht nur Menschen erreicht werden, die eher selten zu politischen Kundgebungen oder Veranstaltungen gehen. Es ist auch ein guter Ort, andere kennenzulernen, sich zu informieren und zu vernetzen. Darüber hinaus ist ein Konzert in vielen Regionen ein Farbfleck in einer überschaubaren kulturellen Landschaft. Und nicht zuletzt macht es Spaß und gibt Kraft für die weitere Arbeit. Scheuen Sie sich also nicht, es auszuprobieren!

Es braucht keinen Anlass für ein Konzert, aber es kann auch als Protest gegen extrem rechte Aktivitäten, als Teil einer Veranstaltungsreihe oder an einem Jahrestag zur Erinnerung an bestimmte Ereignisse stattfinden. Musikalische Darbietungen lassen sich gut mit Straßen- oder Marktplatzfesten kombinieren. Der Anlass und die Form bestimmen den Charakter der Veranstaltung. Soll sie im öffentlichen Raum im Freien stattfinden und dort auch ein Zeichen setzen oder in einem Saal, einem Jugend- oder Gemeindezentrum eher der Unterhaltung dienen? Die Zielgruppe für das Konzert sollte klar definiert und für die Gestaltung der Veranstaltung und die Auswahl der Bands bestimmend sein. Da anders als bei einer Demonstration die Unterhaltung im Vordergrund steht, werden Gäste weniger wegen des Mottos als wegen des vertrauten Orts, der ihnen bekannten Bands oder aufgrund der Berichterstattung in den Medien das Konzert besuchen.

In vielen Städten und Regionen gibt es Musiker\_innen, die sich über Auftrittsmöglichkeiten freuen und gern ein Zeichen gegen Rassismus und Neonazismus setzen. Doch auch viele überregional bekannte Künstler\_innen positionieren sich eindeutig und treten regelmäßig bei Konzerten gegen rechts auf. Nicht selten begnügen sie sich dafür mit Fahrtkosten, Verpflegung, einer kleinen Aufwandsentschädigung und einem netten Ambiente.

Kosten für die Veranstaltung lassen sich außerdem einsparen, indem Sie Ihre bestehenden Netzwerke aktivieren und zum Beispiel unentgeltlich Räumlichkeiten nutzen. Vielleicht haben Sie Kontakt zu Techniker\_innen oder können sich die musikalische Ausrüstung leihen. Sie können außerdem versuchen, Fördermittel zu erhalten. [→ **Hier bekommen Sie Geld für Aktionen gegen rechts**] Die Zahl der Gäste und somit die Einnahmen sind

häufig schwer abzuschätzen und eventuelle Überschüsse können danach für einen guten Zweck genutzt werden.

Als Veranstalter bietet sich ein gemeinnütziger Verein an. [→ **So gründen Sie einen Verein**] Durch ihn wird der nicht kommerzielle Charakter der Veranstaltung deutlich und es muss keine Einzelperson für das Konzert eintreten. Außerdem können Sie über einen Verein eine Haftpflichtversicherung abschließen. Informieren Sie das Ordnungsamt über die Veranstaltung, damit es mögliche Fragen mit Ihnen klären kann. Sind Ausschank oder der Verkauf frischer Speisen geplant, sollten Sie auch dies mit den zuständigen Behörden absprechen. Beachten Sie dabei, dass die jeweiligen Regelungen sich von Region zu Region unterscheiden können. Und vergessen Sie nicht, sich mit den Lizenzrechten von abgespielter und von Live-Musik zu beschäftigen – so vermeiden Sie spätere Geldforderungen der GEMA, die die Interessen von Künstler\_innen vertritt. Wenn Sie mehr als vier Konzerte pro Jahr organisieren, sind Sie pro gezahlter Gage zu (geringen) Beiträgen an die Künstlersozialkasse verpflichtet.

Für ein Konzert müssen viele Dinge sichergestellt werden: Sie brauchen Werbung, zum Beispiel Plakate oder Flugblätter, aber auch im Internet und dort vor allem in den sozialen Netzwerken. [→ **Flugblätter und Plakate ansprechend gestalten**] Kümmern Sie sich frühzeitig darum und streuen Sie Ihre Werbung so breit wie möglich. Aber: Überfordern Sie Ihr potenzielles Publikum nicht. Als sinnvoll hat sich ein zweigeteiltes Vorgehen erwiesen: eine Ankündigung etwa drei bis vier Wochen vor der Veranstaltung und dann noch einmal konzentrierte Bewerbung eine Woche vor dem Event. Auch der Getränkeverkauf für die Gäste und die Versorgung der Bands müssen vorbereitet und geplant werden. Dekorieren Sie den Veranstaltungsort, sodass Ihr Publikum den Zweck der Veranstaltung visuell erkennen kann. Denken Sie daran, dass der Veranstaltungsort nach Ende des Konzerts geputzt werden muss. Während des Konzerts müssen Kasse und Einlass ausreichend besetzt und genügend Leute da sein, um bei Überraschungen ansprechbar zu sein. Kümmern Sie sich im Vorfeld auch um Wechselgeld, einen Kassenbehälter und gegebenenfalls einen Stempel, damit Ihre Gäste zwischendurch frische Luft schnappen können. Auch auf mögliche Provokationen von Neonazis am Abend oder politische Widerstände im Vorfeld sollten Sie vorbereitet sein.

Planen Sie daher ausreichend Vorbereitungszeit ein und verteilen Sie die Aufgaben auf mehrere Schultern. Wenn einzelne Personen zu viel übernehmen, führt das schnell zu Stress und Versäumnissen. Letztendlich sollen nicht nur die Gäste, sondern auch Sie als Veranstalter\_in das Konzert genießen können. Mit einer guten Planung steht einem schönen Tag oder Abend nichts mehr entgegen.

### **✘ MUSIK GEGEN RECHTS**

„Rock gegen Rechts“ ist wohl das bekannteste Motto, unter dem in ganz Deutschland Konzerte gegen Rechtsextremismus und Rassismus veranstaltet werden. Dabei handelt es sich um keinen geschützten Namen, sodass jede\_r die eigene Veranstaltung so nennen kann. Es gibt darüber hinaus Slogans, die einen Wiedererkennungswert haben und die Ausrichtung des eigenen Konzerts unterstreichen können. „Love Music, Hate Fascism“ zum Beispiel oder auch das in der musikalischen Hardcore-Szene sehr beliebte „Good Night White Pride“. Darüber hinaus gibt es Kampagnen, die sich den Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus auf die Fahnen geschrieben haben: „Kein Bock auf Nazis“ und „Laut gegen Nazis“. Vor allem „Kein Bock auf Nazis“ ist bei vielen Konzerten mit Infoständen präsent. Beide Kampagnen können Sie für die eigene Veranstaltung um Unterstützung bitten.

# Flugblätter und Plakate ansprechend gestalten

Aktionen, Protestveranstaltungen, Konzerte oder Lesungen brauchen vor allem eines: Leute, die davon erfahren und daran teilnehmen. Das funktioniert am besten durch Werbung. Vieles hat sich in die sozialen Medien und ins Internet verlagert. Trotzdem sind bunte Plakate und bedruckte Handzettel aus unserem Alltag noch lange nicht verschwunden.

Überlegen Sie im Vorfeld, wie Sie auf Ihre Veranstaltung aufmerksam machen möchten:

- Wer gehört zu meiner Zielgruppe?
- An welchen Orten kann ich sie erreichen?
- Will ich informieren oder mobilisieren?
- Welches ist der beste Zeitpunkt, um mit meiner Werbung zu beginnen?

Gedruckte Werbung begegnet uns meist in zwei Varianten. Zum einen sind es Plakate, die großformatig auf entsprechenden Wänden oder im Schaufenster von Geschäften hängen. Zum anderen gibt es Flugblätter, Flyer, Fold- oder Infoblätter. Sie liegen in kleinen, handlichen Formaten an verschiedenen Stellen aus oder werden auf der Straße verteilt. Beides hat seine Vor- und Nachteile und lässt sich hervorragend miteinander kombinieren.

Je größer, umso auffällender: Wenn Sie Plakate für Ihre Veranstaltung drucken lassen, sollten diese mindestens im Format DIN A2 sein. Bei noch größeren Formaten steigen die Kosten und auch die Anbringung wird schwieriger. Sogenanntes wildes Plakatieren gilt als Sachbeschädigung – Sie sollten daher Orte finden, an denen das Aufhängen von Plakaten gestattet ist. Bei Plakaten liegt der Fokus auf dem visuellen Eindruck, auf der symbolhaften Vermittlung eines Inhalts, meist kombiniert mit einem kurzen, griffigen Slogan.

Flugblätter sollten in einem handlichen Format gestaltet und daher nicht größer als DIN A4 sein. Besser noch eignen sich kleinere Formate. Im Gegensatz zum Plakat spielt hier der Text eine wesentliche Rolle, für den die Rückseite genutzt werden kann. Vermeiden Sie dennoch allzu lange Ausführungen und beschränken Sie sich auf die wichtigsten Informationen.

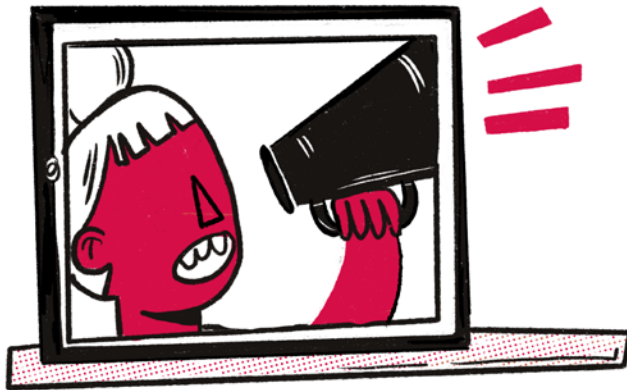
Bitten Sie Personen um Unterstützung, die sich – beruflich oder privat – mit grafischer Gestaltung auskennen. Die Plakate und Flyer sollten zwar auffallend, aber nicht zu bunt und unübersichtlich sein. Wenn beides im gleichen Layout gehalten ist, erhöht dies den Wiedererkennungswert. Informationen und Hinweise müssen auf den ersten Blick für die Betrachter\_innen deutlich sichtbar sein. Vergessen Sie nicht, Datum, Uhrzeit und Ort Ihres Vorhabens klar erkennbar zu platzieren. Auch das Motto Ihrer Veranstaltung oder Demonstration sollte einen prominenten Platz bekommen. Achten Sie bei der Verwendung von Fotos oder Zeichnungen unbedingt darauf, dass Sie über die Bildrechte verfügen oder dass es sich um Bilder mit einer freien, einer Creative-Commons-Lizenz handelt.

Grundsätzlich gilt: Der Aufwand sollte dem Anlass angemessen sein. Eine kurzfristige Ankündigung erfordert keine künstlerische Ausnahmeleistung. Auf der anderen Seite haben manche Plakate eine so durchschlagende Wirkung, dass sie über Jahre hinweg Wohnungswände zieren. Solche Plakate sind oft „zeitlos“, das heißt, ihre Aussage ist entweder an kein konkretes Ereignis gekoppelt oder der Slogan überzeugt über die Veranstaltung hinaus. Überlegen Sie sich je nach Anlass, ob Sie Ihre Plakate bzw. Flyer professionell drucken lassen wollen oder ob ein Gang in den nächsten Kopierladen bereits ausreicht. Versuchen Sie einzuschätzen, wie viele Flyer und Plakate Sie tatsächlich verteilen können. Viele Copyshops können auch großformatige Plakate drucken, dies ist auf den Stückpreis gerechnet aber meist teurer als in einer Druckerei. Wählen Sie für Kopiervorlagen daher lieber ein einfaches Layout in Schwarz-Weiß.

Achten Sie darauf, dass Flugblätter und Plakate ein V.i.S.d.P. (Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) enthalten. Die dort genannte natürliche Person muss mindestens 18 Jahre alt sein. Als deren Adresse ist auch die Nennung eines Vereins oder Ähnlichem in Form einer c/o-Adresse zulässig. Es reicht aus, wenn diese Angaben klein am Rand des Werbematerials abgedruckt sind. Somit können im rechtlichen Streitfall nicht diejenigen Personen für den Inhalt verantwortlich gemacht werden, die Flugblätter oder Plakate nur verteilen. Ansprechpartner\_in ist dann die im V.i.S.d.P. genannte Person.







ANWENDEN

# Darauf sollten Sie bei einer Pressemitteilung achten

---

Proteste und Veranstaltungen gegen rechts finden nahezu immer im öffentlichen Raum statt. Fast täglich gibt es in Zeitungen und Nachrichtensendungen Meldungen über politische Aktionen. Viele Journalist\_innen berichten vor Ort und wollen dabei verschiedene Perspektiven einfangen. Manchmal müssen Sie als Veranstalter\_in die Presse allerdings erst selbst auf sich aufmerksam machen.

Mit einer Pressemitteilung können Sie an Redaktionen und Nachrichtenagenturen mit einer eigenen Darstellung von Ereignissen herantreten. Eine Pressemitteilung soll Journalist\_innen über einen bestimmten Sachverhalt informieren und vor allem dazu anregen, darüber zu berichten. Da in den Redaktionen täglich Hunderte Meldungen eingehen, sollten Sie darauf achten, Ihre Meldung qualitativ hochwertig zu gestalten.

Eine Pressemitteilung beginnt mit einer prägnanten, aber aussagekräftigen Überschrift. Achten Sie auf den Aufbau, denn dieser entscheidet am Ende, ob Ihre Meldung für berichtenswert befunden wird oder nicht. Nennen Sie alle zentralen Informationen im ersten Absatz. Ob das Wichtigste am Anfang der Pressemitteilung steht, können Sie testen, indem Sie die Absätze von hinten nach vorne gedanklich streichen und überprüfen, ob der Text trotzdem aussagekräftig bleibt. Beantworten Sie zu Beginn die W-Fragen:

- Wer ist beteiligt?
- Was ist passiert? Wann findet/fand es statt?
- Wo ist der Ort des Geschehens?
- Wie sah das Ereignis aus?
- Warum ist es geschehen?
- Woher kommt die Quelle für die Nachricht?

Schreiben Sie nur das Wichtigste auf und vermeiden Sie lange Aufzählungen. Wenn es Sachverhalte gibt, auf die Sie näher eingehen wollen, können Sie dies am Ende Ihrer Mitteilung tun.

Achten Sie auf Ihre Sprache. Schreiben Sie kurze Sätze, die sachlich und verständlich sind. Benutzen Sie keine Schachtelsätze und formulieren Sie aktiv – nicht „es wurde protestiert“, sondern „Menschen haben protestiert“. Halten Sie sich kurz: Ihre Pressemitteilung sollte nicht länger als

eine DIN-A4-Seite sein. Vermeiden Sie Fachausdrücke und Abkürzungen oder erklären Sie diese. Oft ist es eine gute Idee, in Ihre Pressemitteilung zitierfähige O-Töne einzubauen. Grundsätzlich sollte die Pressemitteilung so geschrieben sein, dass Journalist\_innen die Formulierungen direkt übernehmen können. Wählen Sie daher eine sachliche und neutrale Sprache und sprechen Sie von Ihrem Bündnis in der dritten Person.

Machen Sie sich rechtzeitig Gedanken darüber, wann Ihre Pressemitteilung die Redaktionen erreichen muss: Wollen Sie auf eine künftige Veranstaltung oder Demonstration hinweisen? Wollen Sie über Ihre Sichtweise auf ein bereits vergangenes Ereignis berichten? Vor allem Tageszeitungen haben täglich Redaktionskonferenzen und einen Redaktionsschluss, nach dem in der Regel keine neuen Ereignisse mehr aufgenommen werden. Sonntags sind die Redaktionen überdies nicht voll besetzt. Als Faustregel sollte Ihre Pressemitteilung unter der Woche bis zehn Uhr, am Wochenende bis Sonntag um neun Uhr verschickt werden. Vermeiden Sie es, Ihre Pressemitteilung montags und freitags an die Redaktionen zu senden, da dies hektische Tage für Journalist\_innen sind. Das Gleiche gilt wegen des nahenden Redaktionsschlusses für die Zeit zwischen 16 und 18 Uhr.

Verschicken Sie Ihre Pressemitteilung per E-Mail als Text und fügen Sie ihn zusätzlich als PDF bei. Sie sollten sich rechtzeitig die nötigen Kontaktdaten besorgen. Meist ist es sinnvoller, sich direkt an die Lokalredaktionen zu wenden. Noch besser ist es natürlich, persönliche Kontakte zu Journalist\_innen aufzubauen. Fügen Sie der E-Mail außerdem aussagekräftiges und druckfähiges Bildmaterial bei. Sie können Fotos auch in kleinerer Auflösung verschicken und auf Pressefotos in Druckqualität auf Ihrer Webseite verweisen.

Damit die Presse zu Ihnen Kontakt aufnehmen kann – um zum Beispiel Nachfragen zu stellen –, sollten Sie am Ende eine konkrete Ansprechperson, deren Telefonnummer und E-Mail-Adresse nennen. Auch Hinweise für weiterführende Informationen lassen sich am Ende der Mitteilung aufführen. Und nicht vergessen: Das Wort „Pressemitteilung“ sollte am Anfang des Anschreibens oder in der Betreffzeile abgekürzt als „PM“ auftauchen.

### Weitere Informationen

**Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ):** PR-Handbuch für das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, Berlin 2016.

## Wie verlaufen Gespräche mit der Presse?

Ob nun am Rande einer Veranstaltung oder als Rückruf nach einer von Ihnen verschickten Pressemitteilung: Wenn Sie Öffentlichkeitsarbeit betreiben, werden Sie vermutlich in Kontakt mit Journalist\_innen kommen. Das ist gut, denn dadurch können Sie Ihr Anliegen bekannt machen und mehr Menschen erreichen.

Die meisten Journalist\_innen sind von Haus aus neugierig und kritisch. Zugleich stehen sie oft unter Zeitdruck, da sie ihre Beiträge zeitnah anfertigen müssen und sie viele Gespräche mit Beteiligten führen. Für Engagierte ist es nicht immer einfach, sich für das eigene Anliegen Gehör zu verschaffen. Seien Sie daher gut vorbereitet und machen Sie sich die Arbeitsweise von Medien bewusst.

Versehen Sie jede Pressemitteilung oder Ankündigung, die Sie veröffentlichen, mit einer Telefonnummer für Rückfragen und dem Namen der Ansprechperson. Nutzen Sie hierfür am besten eine gesonderte Telefonnummer und nicht Ihre private. Meist werden sie nur kurze Nachfragen bekommen, die sich schnell und unkompliziert beantworten lassen. Seien Sie durchgehend höflich, aber offen, ehrlich und authentisch. Scheuen Sie sich nicht, bei Unklarheiten oder überraschenden Aussagen Ihres Gegenübers nachzuhaken. Schließlich müssen auch Sie die Journalistin oder den Journalisten erst einmal kennenlernen und einschätzen können. Mitarbeiter\_innen von Lokalzeitungen sind Ihnen vielleicht schon bekannt. Bekommen Sie Anfragen von Ihnen unbekanntem Medien, informieren Sie sich kurz. Nicht alle Anfragen, etwa von rechtsextremen Zeitungen, müssen auch beantwortet werden.

Selbst wenn Sie mit vielen Fragen bedacht werden, halten Sie sich kurz und bündig. Journalist\_innen schätzen knappe und klare Statements, die sie zitieren können. Fragen Sie gegebenenfalls nach, welcher Aspekt des Themas für Ihr Gegenüber besonders interessant ist. Treffen Sie nur Aussagen, die Sie auch öffentlich vertreten können – Diskussionen und Meinungsunterschiede aus Ihrem Bündnis haben in der Öffentlichkeit nichts zu suchen. Im Gespräch mit der Presse sind Sie in erster Linie Vertreter\_in Ihrer Initiative und nicht Einzelperson.

Sprechen Sie mit Journalist\_innen ab, ob und wie Sie zitiert werden. Bei heiklen Fragen oder längeren Gesprächen wie Interviews sollten Sie um eine verschriftlichte Vorlage Ihrer Zitate oder des Gesprächs bitten. Sie haben dadurch die Möglichkeit, missverständliche Aussagen nicht freizugeben. Wenn es die Zeit erlaubt, können Sie Ihrem Gegenüber bei strittigen Aspekten mitteilen, dass Sie diese in Ihrer Initiative noch einmal besprechen müssen. Melden Sie sich jedoch unbedingt zeitnah zurück. Da Journalist\_innen in der Regel an Fakten und Informationen interessiert sind, können Sie auch Bilder, eigene Recherchen oder den Kontakt zu anderen Gesprächspartner\_innen anbieten. Stellen Sie sich auf Anfragen nach einem Foto oder nach einem Radio-/Fernsehinterview ein. Sollten Sie dies nicht wollen, empfiehlt es sich, Ersatzpersonen wie medienerfahrene Politiker\_innen aus Ihrem Bündnis parat zu haben. Sind bestimmte Informationen nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sagen Sie dies ganz klar.

Überlegen Sie sich im Vorfeld, welches Ihre zentralen Punkte sind. Denn unabhängig von den Fragen, die Ihnen gestellt werden, können Sie diese in Ihre Antworten einflechten. Dafür kann es sinnvoll sein, sich im eigenen Bündnis vorher auf einige Kernaussagen zu verständigen. Bedenken Sie immer das Interesse von Journalist\_innen an einem lesenswerten Artikel oder spannendem Beitrag. Machen Sie sich nach dem Gespräch Notizen über den Verlauf. Dadurch wissen Sie später nicht nur, was Sie bereits erzählt haben. Sie können sich im schlimmsten Fall bei falschen Zitaten oder verdrehten Aussagen darauf berufen und eine Gegendarstellung einfordern. In der Regel jedoch sind Pressekontakte gute Möglichkeiten, mit kritischen Gesprächspartner\_innen zusammenzukommen, die an Ihrem Anliegen interessiert sind. Mit einem gut vorbereiteten und souveränen Auftritt ist bereits viel gewonnen.

## So nutzen Sie für Ihre Initiative das Internet

Wer sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagiert, kommt am Internet kaum vorbei. Facebook, Twitter, Instagram, eine herkömmliche Webseite oder ein Blog – das Internet bietet verschiedene Möglichkeiten, um die Öffentlichkeit zu erreichen und die eigene Meinung kundzutun. Hier lassen sich Veranstaltungen bewerben, Texte und Aufrufe veröffentlichen und Mitstreiter\_innen finden. Überlegen Sie sich gut, welche Variante bei Ihrem Anliegen den größten Erfolg verspricht.

Schon lange gibt es Webseiten, um auf Proteste oder Demonstrationen gegen rechte Veranstaltungen hinzuweisen. Die Informationen auf solchen Seiten unterscheiden sich zum Teil kaum von denen auf gedrucktem Informationsmaterial. [→ [Flugblätter und Plakate ansprechend gestalten](#)] Vorteilhaft ist die Möglichkeit der Aktualisierung, wenn sich etwa Ort, Datum oder Uhrzeit kurzfristig ändern. Auch können im Netz andere grafische Akzente gesetzt werden.

Bündnisse und Initiativen nutzen Webseiten darüber hinaus für die Kontaktaufnahme, Hintergrundinformationen, Berichte von vergangenen Aktivitäten, Terminhinweise, Fotos oder Videos. Anders als soziale Medien sind Webseiten meist übersichtlicher und die Inhalte werden nicht von aktuellen Meldungen verdrängt. Allerdings ist die Erstellung aufwendiger und erfordert neben dem technischen Know-how einen Anbieter, der die Domain und den nötigen Webpace zur Verfügung stellt. Einfacher ist das Erstellen eines Weblogs, der auf den ersten Blick einer professionellen Webseite ähnlich sieht, aber auch für Laien leicht umzusetzen ist. Hier gibt es verschiedene Voreinstellungen und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten, viele davon sind kostenlos.

Soziale Medien sind eine schnelle und einfache Möglichkeit, Inhalte zu transportieren. Nachrichten bei Facebook, Twitter und Co. werden jedoch außerhalb des Kreises der Nutzer\_innen der jeweiligen Dienste schwerer wahrgenommen.

Bei Facebook können Texte, Bilder und Videos veröffentlicht werden. Die neusten Beiträge erscheinen dabei grundsätzlich immer als Erstes. Sie können Veranstaltungsankündigungen erstellen und einen Kontakt zu Ihrer Initiative angeben. Über Facebook ist auch die Vernetzung mit anderen

Gruppen und Bündnissen möglich, Interessierte können Ihrer Seite folgen und erhalten über das eigene Facebook-Profil Neuigkeiten. Facebook ist darauf ausgelegt, dass Netzwerke entstehen, und stellt seinen Nutzer\_innen passende Inhalte vor. Die Gestaltungsmöglichkeiten des Profils selbst sind allerdings beschränkt: Neben dem Profilbild gibt es ein Titelbild (Header), in dem sich ein oder mehrere Bilder einfügen lassen. Darüber hinaus können Sie lediglich Einfluss auf die Reihenfolge der angezeigten Menüpunkte nehmen. Wenn Sie für eine Initiative ein Profil erstellen möchten, brauchen Sie dafür einen eigenen, privaten Facebook-Account.

Twitter ist ein Kurznachrichtendienst, über den sich Texte mit einer Länge von maximal 280 Zeichen veröffentlichen lassen. Die Nutzung ist dynamisch angelegt und dient dazu, regelmäßig Neuigkeiten mit anderen zu teilen. Alte Nachrichten rutschen somit nach hinten. Sie können entweder eigene Beiträge schreiben oder Inhalte anderer Nutzer\_innen weiterverbreiten und teilen (retweeten). Besonders für die Pressearbeit kann dies von Vorteil sein: Journalist\_innen erhalten auf diese Weise schnellen Zugriff auf Statements Ihrer Initiative, ohne auf Pressemitteilungen warten zu müssen. [\[→ Wie verlaufen Gespräche mit der Presse? | Darauf sollten Sie bei einer Pressemitteilung achten\]](#) Auch Twitter ist ähnlich wie Facebook darauf angelegt, ein eigenes Netzwerk zu bilden.

Instagram legt seinen Fokus weniger auf Texte als vielmehr auf Bilder und Fotografien. Allerdings werden auch kurze Aufruftexte oder Plakate hierüber verbreitet. Die Funktionsweise ähnelt der von Twitter und ist schnell und leicht beherrschbar.

Um eine hohe Reichweite zu erhalten, ist ein großer Kreis an Freund\_innen und Interessierten wichtig, sogenannten Followern. Sinnvoll ist die Nutzung von Hashtags (#), die auch von anderen Menschen genutzt werden und Beiträge mit gleichen Themenbezügen verbinden, zum Beispiel #gegenrassismus oder #schoenerlebenohnenazis.

Alle genannten Möglichkeiten haben Vor- und Nachteile. Für ein kurzlebiges Bündnis oder eine einmalige Veranstaltung ist eine aufwendig gestaltete Homepage nicht immer notwendig. Wenn Ihre Initiative nur über einen Twitter- oder Instagram-Account verfügt, sind die Möglichkeiten zur Selbstdarstellung sehr begrenzt. Meist bietet sich eine Mischung aus verschiedenen Plattformen an. Diese lassen sich nicht nur miteinander verknüpfen, sondern sprechen unter Umständen auch unterschiedliche Zielgruppen an.



## Weitere Informationen

**Pahrmann, Corina/Kupka, Katja:** Social Media Marketing – Praxishandbuch für Twitter, Facebook, Instagram & Co. 5., komplett aktualisierte Auflage, Heidelberg 2019.

# Welche Aktionsformen sind im Internet möglich?

---

Das Internet bietet für die politische Arbeit eine breite Palette an Möglichkeiten. Einige von ihnen beziehen sich ausschließlich auf den virtuellen Raum, andere verbinden die digitale mit der realen Welt. Der Kreativität sind kaum Grenzen gesetzt.

Im virtuellen Raum ist es deutlich schwieriger als bei Demonstrationen, Kundgebungen oder auch Konzerten, ein Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen. Aktionen im Internet sollten daher visuell auf sich aufmerksam machen und schnell und einfach zu verstehen sein.

Ähnlich wie in der realen Welt verabreden sich Menschen bei Online-Aktionen zu einem bestimmten Zeitpunkt – nur eben nicht an einem bestimmten physischen Ort, wie bei einer Demonstration, sondern an einem virtuellen Ort, zum Beispiel auf einer Webseite oder in den sozialen Medien. Das Prinzip ist also vergleichbar, denn möglichst viele Menschen werden an einem virtuellen oder realen Ort gleichzeitig aktiv. Je mehr Menschen mitmachen, desto mehr Wirkung kann erzielt werden.

Streng genommen ist sogar der Hashtag eine solche Verabredung, zumindest, wenn ihn alle zum selben Zeitpunkt benutzen. Fotoaktionen sind etwas aufwendiger, sorgen dafür aber für deutlich mehr Aufmerksamkeit. Hier können beide Welten miteinander verbunden werden: Menschen hängen Banner aus ihren Fenstern, fotografieren sie und posten sie auf einer bestimmten Seite oder unter einem bestimmten Hashtag. Oder es werden an verschiedenen Orten die gleichen Aktionen von wenigen Menschen fotografiert oder gefilmt – ein Mensch hält ein Schild hoch oder sagt einen Slogan. Bringt man all diese Einzelbotschaften zusammen, entsteht gemeinsam etwas Großes. Hier kann die Verabredung darin bestehen, dass etwas zu einem bestimmten Zeitpunkt hochgeladen wird, obwohl die Einzelaktionen selbst schon vorher stattgefunden haben.

Eine besonders koordinierte Form solcher Aktionen ist der Flashmob, eine sehr kurze verabredete Aktion, die vor allem vom Überraschungseffekt lebt. Sie ist grundsätzlich sowohl in der realen als auch in der virtuellen Welt möglich und funktioniert überall dort, wo Menschen in Erscheinung treten können. Auch das zeitgleiche Teilen oder Retweeten von Fotos oder Videos kann eine große Reichweite erzielen.

Live-Streams können als Demonstration genutzt werden, indem Redebeiträge verschiedener Menschen und andere Aktionen zu einem Video zusammengesetzt werden. Das erfordert jedoch einiges technisches Know-how. Einfacher sind Live-Streams mit nur einer Kameraeinstellung, zum Beispiel von einer einzelnen Aktion oder auch von Veranstaltungen oder Podiumsdiskussionen. YouTube, Facebook und Twitter bieten dafür benutzerfreundliche Tools an. Dort gibt es für die Zuschauer\_innen auch die Möglichkeit, den Stream zu kommentieren. Wird das wiederum im Stream aufgegriffen, entsteht sogar ein Austausch.

Wenn sich Menschen an unterschiedlichen Orten befinden und trotzdem miteinander diskutieren wollen, lassen sich Videokonferenzportale nutzen. Außerdem bieten diese häufig die Möglichkeit, über die verschiedenen sozialen Medien live zu streamen.

Möchten Sie in weniger öffentlichen virtuellen Räumen diskutieren, können Sie über diese Anbieter auch Webtalks oder Online-Seminare veranstalten, die nur über vorherige Anmeldung zugänglich sind. Bei allen Formen von Online-Veranstaltungen sollten Sie beachten, dass die Aufmerksamkeitsspanne im virtuellen Raum sehr viel geringer ist als in der realen Welt. Vielen Menschen fällt es hier schwer, sich über einen längeren Zeitraum zu konzentrieren. Deshalb ist Abwechslung wichtig: Lassen Sie verschiedene Menschen zu Wort kommen, nutzen Sie je nach Veranstaltung oder Aktionsform interaktive Tools wie Umfragen oder Chats und versuchen Sie, unterschiedliche Medien wie Fotos, Videos oder Präsentationen einzusetzen.

## Diese digitalen Werkzeuge können den Austausch erleichtern

---

Das Treffen der eigenen Initiative oder des Bündnisses ist für viele Engagierte noch immer der Dreh- und Angelpunkt ihrer politischen Arbeit. Hier werden Aktionen geplant und koordiniert und hier wird über politische Einschätzungen und Analysen diskutiert. Doch immer mehr Menschen nutzen auch in diesem Bereich digitale Vernetzungs- und Austauschmöglichkeiten.

Digitale Kommunikationsmittel haben eindeutige Vorteile: Sie sind schnell und ermöglichen flache Hierarchien und große Transparenz. Als Ergänzung zur klassischen Bündnisarbeit können sie das politische Alltagsleben deutlich vereinfachen. Gleichzeitig sind die digitalen Möglichkeiten mittlerweile so vielfältig, dass einige Menschen davon abgeschreckt werden und sich überfordert fühlen. Suchen Sie sich deshalb Hilfsmittel, die Ihre Arbeit erleichtern, selbst wenn Sie anfänglich kompliziert erscheinen. Stellt sich ein Werkzeug als dauerhaft anstrengend heraus, ist es freilich für Ihren Zweck nicht geeignet.

Grundsätzlich gibt es Hilfen für den Austausch und das gemeinsame Arbeiten. Die meisten Initiativen nutzen seit vielen Jahren E-Mails zur Kommunikation, auch E-Mail-Verteiler sind sehr weit verbreitet. Diese haben über einen eigens eingerichteten Mailserver den Vorteil, dass sie sich den eigenen Bedürfnissen anpassen lassen: Wer darf an den Verteiler schreiben? Wer darf nur mitlesen? Vor allem bei E-Mails handelt es sich um personenbezogene Daten, die mit der gebotenen Vorsicht zu behandeln sind. Wenn Sie zum Beispiel E-Mails an mehrere Personen verschicken, die sich untereinander nicht kennen, nutzen Sie unbedingt die Blindcopy-Funktion (Bcc). So können Sie verhindern, dass alle Empfänger\_innen die E-Mail-Adressen der anderen Empfänger\_innen erhalten.

Manche Bündnisse nutzen auch Internetforen zur Kommunikation. Hier können verschiedene Themen parallel diskutiert werden, da für jedes einzelne Thema ein neuer Beitrag angelegt werden kann. In Messengern wie WhatsApp können Sie Gruppen für die Diskussion untereinander einrichten, allerdings die einzelnen Themen nicht voneinander trennen. Sehr beliebt sind Messenger wie Signal oder Threema, bei denen die Datensicherheit im Vordergrund steht. Messenger wie Telegram bieten zusätzlich die Möglichkeit, einzelne Kanäle zu abonnieren.

Manchmal ist es nicht möglich, sich in der realen Welt zum Bündnistreffen zusammenzufinden. Hier verschaffen Telefon- oder Videokonferenzen Abhilfe. Für beides gibt es diverse Anbieter und manche Telefonanlagen sind sogar in der Lage, Konferenzen abzuhalten. Für Videokonferenzen können Sie Plattformen nutzen, die großen Wert auf Datensicherheit legen, aber manchmal instabil sind wie Jitsi. Oder Sie entscheiden sich für professionelle und kommerzielle Anbieter wie Zoom oder GoToMeeting.

Wer gemeinsam Projekte mit solchen Konferenzen plant und durchführt, wird schnell merken, dass hier Werkzeuge zum gemeinsamen Arbeiten nützlich sein können. In Clouds können Daten nicht nur gespeichert, sondern auch miteinander geteilt werden. In Online-Pads wie zum Beispiel Etherpad können mehrere Personen gleichzeitig an einem Text schreiben. Online-Whiteboards ersetzen Flipchart und Moderationskarten. Mit Tools zum Aufgabenmanagement lassen sich auch aufwendigere Projekte gemeinsam online planen.

Sie können mittlerweile ganze Sitzungen virtuell begleiten und Tools wie OpenSlides für die Organisation von Abstimmungen, Tagesordnungen, Anträgen und Wahlen nutzen. Gerade hier zeigt sich aber auch, dass viele digitale Möglichkeiten gar nicht zwingend nur virtuell eingesetzt werden müssen. Sie können die digitale Arbeit mit Zusammenkünften in der „echten“ Welt ergänzen und vereinfachen.

### Weitere Informationen

**Der Paritätische:** Webzeugkoffer mit Tools für die Kommunikation im Internet, unter: [www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/digitalisierung/webzeugkoffer/](http://www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/digitalisierung/webzeugkoffer/).





VERNETZEN

## Wie Ihre Initiative Bündnispartner findet

Mit Ihrer Initiative vor Ort läuft es ganz gut: Es gibt regelmäßige Treffen, Sie haben sich auf eine Zielsetzung geeinigt, und da die Initiative mehr als sieben Personen umfasst, diskutieren Sie sogar die Gründung eines Vereins. [→ [So gründen Sie einen Verein](#)] Nur an Kontakten zu anderen Aktiven mangelt es noch. Wie entstehen aus einzelnen Initiativen größere Netzwerke?

Netzwerke können Sie auf ganz unterschiedliche Art aufbauen. Manchmal steht am Anfang ein Aufruf oder eine konkrete Aktion. Beispielsweise folgen Initiativen einer öffentlichen Einladung zu einem Vorbereitungstreffen und beschließen im Nachgang der gemeinsamen Aktion, weiter zusammenzuarbeiten. Manchmal ist es aber auch etwas mühsamer und Sie müssen sich selbst aktiv auf die Suche nach möglichen Bündnispartnern machen.

Ein erstes Brainstorming kann hilfreich sein: Wer kennt Initiativen, die zu denselben oder ähnlichen Themen arbeiten? Welche befreundeten Aktiven können Sie fragen, ob ihnen passende Ansprechpartner einfallen? Zusätzlich können Sie sich durch das Internet klicken: Welche Organisation verweist auf Kooperationspartner, die zu meinem Anliegen passen?

Know-how für die Selbstorganisation von ehrenamtlichem Engagement bieten zum Beispiel Wohlfahrtsverbände wie die Volkssolidarität, die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas, das Diakonische Werk oder der Paritätische. Auch die Kirchen sind oft gute Ansprechpartner, genauso wie die Kreisjugendringe, Demokratieprojekte oder die Freiwilligenagentur Brandenburg. Am Ende dieses Handbuchs und auf der Homepage des Aktionsbündnisses Brandenburg gibt es eine Auflistung aller Mitglieder, die Ihnen unter Umständen bei Ihrer Suche weiterhelfen kann.

Haben Sie passende Partner gefunden, ist es wichtig, sich über das gemeinsame Ziel zu verständigen. Soll die Zusammenarbeit zeitlich begrenzt sein, das Bündnis nur eine Aktion oder Kampagne durchführen und danach wieder auseinandergehen? Oder ist eine langfristige Kooperation gewünscht? Wenn ja, soll diese vor allem auf einen Informationsaustausch abzielen oder sollen gemeinsame Positionen erarbeitet werden? In welchem Rahmen findet die Zusammenarbeit statt? Gibt es regelmäßige Treffen oder genügt ein

gemeinsamer E-Mail-Verteiler? Soll das Bündnis namentlich öffentlich in Erscheinung treten oder ist es eher ein informeller Zusammenschluss?

Setzen Sie sich realistische und erreichbare Ziele, um das Vertrauen untereinander zu stärken. Viele kleine Schritte sind am Ende oft erfolgreicher als der große Sprung ins kalte Wasser. Empfehlenswert ist es, sich zu Beginn der Zusammenarbeit etwas mehr Zeit zu nehmen, um gemeinsam über Visionen, Wünsche, realisierbare Ziele und Handlungsoptionen zu sprechen. Hierzu können Sie beispielsweise eine Zukunftswerkstatt oder einen Workshop organisieren. Bei großen Gruppen bieten sich Formate wie Zukunftskonferenzen oder Methoden wie Open Spaces an. Es ist immer ratsam und bei den Großgruppenformaten sogar unerlässlich, diese durch eine externe Moderation begleiten zu lassen. Die Kosten dafür können oftmals unkompliziert mithilfe eines Antrags auf finanzielle Unterstützung übernommen werden. [[→ Hier bekommen Sie Geld für Aktionen gegen rechts](#)]

### Weitere Informationen

**Nauditt, Kristina/Wermerskirch, Gerd:** Radikal beteiligen. 30 Erfolgskriterien und Gedanken zur Vertiefung demokratischen Handelns, Gevelsberg 2018.



## **Hier bekommen Sie Geld für Aktionen gegen rechts**

---

Viele Menschen, die sich gegen rechts engagieren, tun dies ehrenamtlich. Initiativen und Vereine stecken viel Herzblut in ihre Aktionen, ohne dass sie dafür eine finanzielle Entlohnung bekommen. Trotzdem fallen bei politischem Engagement Kosten an.

Ob für die Vorbereitung und Durchführung von Kundgebungen, öffentlichen Konzerten, Theatervorstellungen, Lesungen, Film- und Diskussionsveranstaltungen, für Flyer, Banner und Plakate – ohne Geld sind die meisten Ideen kaum umsetzbar. Zum Glück gibt es viele Möglichkeiten, um eigene Aktionen zu finanzieren. Dabei stehen Ihnen zwei Wege offen: Sie können selbst finanzielle Mittel generieren oder aber sich um eine Förderung bemühen.

Das Spendensammeln vor Ort ist die wohl einfachste Möglichkeit und stärkt gleichzeitig den Zusammenhalt. Wenn Sie bei lokalen Unternehmen, Sparkassen, Handwerker\_innen oder Vereinen um Spenden bitten, hilft es, wenn lokal bekannte Personen – zum Beispiel der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin – Ihre Aktion unterstützen. Neben dem Sammeln sind aber auch Spendenaktionen möglich: eine Tombola auf einem Straßenfest oder der Erlös von selbst gebackenem Kuchen, ein Spendenlauf oder eine Charity-Veranstaltung. Im Internet existieren darüber hinaus Spendenplattformen, die bei der finanziellen Umsetzung eines Projekts helfen können – Betterplace oder Startnext zum Beispiel. Sie tragen gleichzeitig dazu bei, das eigene Vorhaben bekannter zu machen.

Es gibt aber auch zahlreiche staatliche und private Fördergelder und Finanzierungshilfen für Aktivitäten gegen Rechtsextremismus. In der Regel erhalten Initiativen Geld als sogenannte Projektförderung, um eine ganz konkrete Maßnahme durchzuführen, die sich von ihren sonstigen und dauerhaften Aktivitäten unterscheidet. Ein förderfähiges Projekt ist konzeptionell in sich abgeschlossen und zeitlich befristet. Eine weitere Voraussetzung ist fast immer, dass das Projekt noch nicht begonnen hat. Auf der Webseite des Aktionsbündnisses Brandenburg finden Sie verschiedene Fördermöglichkeiten: von 300 bis 30.000 Euro.

Das Aktionsbündnis Brandenburg hat außerdem einen Initiativenfonds eingerichtet. Unkompliziert und unbürokratisch werden daraus kleinere Aktivitäten in Brandenburg unterstützt.

Neben der Finanzierungsmöglichkeit durch Förderanträge gibt es zahlreiche Auszeichnungen, die den Einsatz gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus würdigen. Eine Liste von Preisen, für die Sie sich in Brandenburg bewerben können, finden Sie auf der Webseite des Aktionsbündnisses Brandenburg. Die Teilnahmevoraussetzungen, Ausschreibungen und Einsendefristen auf der jeweiligen Webseite sowie die Liste bisheriger Preisträger\_innen helfen Ihnen bei der Einschätzung, ob Ihr Projekt oder Ihre Initiative für eine Auszeichnung infrage kommt. Achten Sie auf die Anforderungen der Bewerbung und nutzen Sie die angebotenen Teilnahmeformulare. Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie die Organisation an, die den Preis vergibt. Diese wünschen sich gute Bewerbungen, daher werden Sie Ihnen in der Regel gern Auskunft geben.

### Weitere Informationen

**Netzwerk Selbsthilfe:** Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen, 14., überarbeitete und aktualisierte Auflage, Berlin 2020.

**Netzwerk Selbsthilfe:** Schwein gehabt. Förderpreise für zivilgesellschaftliche Aktivitäten, Berlin 2017.

## So gründen Sie einen Verein

Für viele zivilgesellschaftliche Aktivitäten vor Ort reicht eine Initiative oder ein Bündnis als informeller Zusammenschluss. In bestimmten Fällen kann es jedoch sinnvoll sein, einen Verein zu gründen, ihn ins Vereinsregister eintragen zu lassen und die Gemeinnützigkeit anzustreben. Mit einem eingetragenen Verein können Sie in der Öffentlichkeit anders auftreten, zudem gilt er als juristische Person. Der Verein kann zum Beispiel Verträge abschließen. Ist der Verein durch das Finanzamt als gemeinnützig anerkannt, kann er bei Stiftungen oder öffentlichen Einrichtungen auch Fördergelder beantragen. Da Finanzfragen über den Verein laufen, wird die Haftung von Einzelpersonen reduziert.

Tauschen Sie sich zuerst mit Ihren Mitstreiter\_innen über den Zweck der Vereinsgründung aus. Es gibt viele unterschiedliche Vereine in der Bundesrepublik, die sich gemeinnützig engagieren. Ein Verein kann die politische Arbeit eines Bündnisses oder einer Initiative zwar nicht ersetzen, die sich für bestimmte Anliegen einsetzt und die politische Kontroverse nicht scheut, er kann diese Arbeit aber ergänzen, indem er sich auf Bereiche wie die Organisation von Vortrags- und Bildungsveranstaltungen fokussiert – insbesondere wenn die Gemeinnützigkeit erreicht werden soll.

Sind Sie sich über den Zweck des Vereins im Klaren, können Sie zu einer Gründungsveranstaltung einladen und eine Vereinsatzung erstellen. Die Satzung regelt nicht nur den Vereinszweck, sondern neben dem Namen und Sitz des Vereins auch Struktur und Organisation, Entscheidungsprozesse und Zuständigkeiten. So müssen beispielsweise regelmäßige Mitgliederversammlungen sowie die Arbeit des Vereinsvorstands festgeschrieben werden. Auch die finanzielle Verantwortung müssen Sie in der Satzung festhalten. Das Bürgerliche Gesetzbuch schreibt bestimmte Anforderungen für die Satzung vor. Orientieren Sie sich deshalb an Ratgebern zum Vereinsrecht sowie den Satzungen anderer Vereine.

Zur Gründungsversammlung wie auch zu den weiteren Mitgliederversammlungen müssen Sie formal einladen. Die Mitgliederversammlungen selbst müssen in ihren Tagesordnungspunkten und ihren Ergebnissen knapp, aber vollständig protokolliert werden. Damit ein Verein ins Vereinsregister eingetragen werden kann, muss er mindestens sieben rechtsfähige Mitglieder haben, die seine Gründungssatzung unterzeichnet haben. Ein Vereinsvorstand muss nur aus einer Person bestehen, doch ist es besser, mehrere Vertretungsberechtigte für die Geschäfte des Vereins zu benen-

nen. Oftmals gibt es in Vereinsvorständen neben der/dem Vorsitzenden ein oder zwei Stellvertreter\_innen, einen Kassenwart und ein\_e Schriftführer\_in für Protokollaufgaben.

Die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister beim örtlichen Amtsgericht können Sie selbst übernehmen, es empfiehlt sich jedoch der Weg über ein Notarbüro, das auch die Satzung und die Richtigkeit der Vereinsgründung überprüft. Dafür fallen Kosten an. Gegebenenfalls meldet sich auch das Gericht mit Nachfragen.

Für die Beantragung von Fördermitteln über den Verein ist die Gemeinnützigkeit unabdingbar. Sie wird vom zuständigen Finanzamt nach der Vereinsgründung erteilt und alle drei Jahre rückwirkend überprüft. Achten Sie deshalb auf eine genaue Finanzbuchführung. Bei überschaubaren Aktivitäten können Sie die Steuererklärung selbst erledigen, ansonsten ist der Gang zu einer Steuerberaterin oder einem Steuerberater empfehlenswert. Die Steuererklärung wird ergänzt von Tätigkeitsberichten, die nachweisen, dass Ihr Verein zum Zwecke des Gemeinwohls aktiv ist. Viele Finanzämter sind für Nachfragen erreichbar und unterstützen Sie bei Unklarheiten.

Denken Sie an regelmäßige Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen, deren Häufigkeit sich nach den Vorgaben der Satzung richtet. Sollte das Vereinsleben einmal einschlafen, passen Sie die Satzung den weniger werdenden Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen an. Oder lösen Sie den Verein auf, wenn sein Zweck erfüllt ist.

## Weitere Informationen

**Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV):** Leitfaden zum Vereinsrecht, Berlin 2016.

**Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg:** Vereine und Steuern. Steuertipp für die organisierte Ehrenamtlichkeit, Potsdam 2013.

**Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V. (Hrsg.):** Im Verein – gegen Vereinnahmung. Eine Handreichung zum Umgang mit rechtsextremen Mitgliedern, Waren (Müritz) 2008.

**Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung (Hrsg.):** „Wir wollen eigentlich nur Sport machen.“ Was Vereine gegen Rechtsextremismus tun können, ohne mit dem Sport aufzuhören, Berlin 2013.

## **✘ WORAUF SIE BEI IHRER VEREINSSATZUNG ACHTEN SOLLTEN**

Das Gesetz schreibt vor, dass die Satzung eines eingetragenen Vereins (e. V.) bestimmte Angaben umfassen muss. Dazu gehören der Zweck des Vereins, sein Name, sein Sitz und die Aussage, dass der Verein eingetragen werden soll. Weiterhin sind Bestimmungen über Ein- und Austritte der Mitglieder, Mitgliedsbeiträge, die Bildung eines Vorstands und dessen Zusammensetzung sowie Angaben über die Einberufung der Mitgliederversammlung und ihre Entscheidungsprozesse nötig. Insbesondere wenn Sie einen Verein mit vielen Mitgliedern anstreben, sollten Sie diese Angaben klar formulieren und sicherstellen, dass unerwünschte Personen Ihren Verein nicht unterwandern oder in seiner Arbeit lähmen können. Wenn in der Satzung klar gesagt wird, dass rechtsextreme, rassistische oder antisemitische Positionen mit den Vereinszielen unvereinbar sind, ist es möglich, einzelne Mitglieder auszuschließen. Der Vorstand sollte Mitgliedsanträge ablehnen können. Selbst wenn Ihr Verein schon lange besteht und bisher keine Probleme hatte, ist die nachträgliche Aufnahme einer Klausel gegen Rechtsextremismus oder Rassismus eine gute Idee. So beugen Sie nicht nur Schwierigkeiten vor. Zugleich regen Sie die Auseinandersetzung über diese Themen in Ihrer Mitgliedschaft an und können ein klares Zeichen gegen antidemokratische Einstellungen setzen.

## Was ist eine „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“?

Berichten Ihre Kinder, dass in der Schule Mitschüler\_innen schlecht behandelt oder beleidigt werden, weil sie angeblich irgendwie „anders“ sind? Oder machen Sie selbst an Ihrer Schule – als Schüler\_in oder als Lehrer\_in – Erfahrungen mit Rassismus? Wer erreichen will, dass sich die ganze Schule gegen Diskriminierung einsetzt, findet Unterstützung beim Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Dieses Netzwerk ist mit rund 3.000 Schulen in allen 16 Bundesländern vertreten – natürlich auch in Brandenburg. An jeder dieser Schulen haben sich die Schüler\_innen selbstständig um den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ beworben. Sie haben Veranstaltungen zu Rassismus, Antisemitismus oder Homophobie auf die Beine gestellt. Und sie haben die Mehrzahl ihrer Mitschüler\_innen davon überzeugt, sich zu verpflichten, gegen Diskriminierung einzuschreiten, bei Konflikten einzugreifen und regelmäßig Projektstage durchzuführen.

Plakate zum Thema, ein Workshop, eine Gesprächsrunde mit Gästen oder ein Konzert: Sicherlich haben viele Schüler\_innen und auch Lehrer\_innen Interesse an solchen Vorhaben. Außerdem gibt es Unterstützung bei der Landeskoordination des Netzwerks Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage. Sie kann von den Erfahrungen anderer Schulen berichten, vermittelt Kontakte und hilft, Fehler zu vermeiden. In Brandenburg übernimmt diese Aufgabe die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA). Die Landeskoordination mit Sitz in Potsdam ist in allen Regionen des Landes mit Büros vertreten.

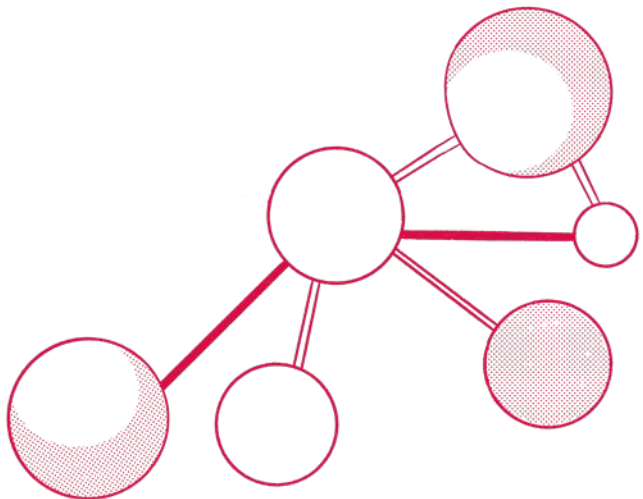
Viele Schulen mit dem Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ haben prominente Pat\_innen, die ihr Vorhaben unterstützen. Dies können Bands sein, aber auch Menschen aus der Region, aus der Kunst, der Wirtschaft oder der Politik. Sie machen gemeinsam mit den Schüler\_innen deutlich, dass das Thema über die Schule hinaus wichtig ist. Und sie sind dabei, wenn der eigenen Schule der Titel feierlich übergeben wird.

## Weitere Informationen

**Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA)**

**Brandenburg für Projekte im Bundesland**, unter: [raa-brandenburg.de/Projekte-Programme/Schule-ohne-Rassismus](http://raa-brandenburg.de/Projekte-Programme/Schule-ohne-Rassismus).

**Bundeskoordination „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“**, unter: [www.schule-ohne-rassismus.org](http://www.schule-ohne-rassismus.org).



# **Netzwerke, Beratung und Unterstützung**

## **Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**

Das Aktionsbündnis Brandenburg ist ein Netzwerk von landesweit tätigen Organisationen, lokalen Bündnissen und Persönlichkeiten des Landes Brandenburg, die gemeinsam für eine zivilgesellschaftliche Mobilisierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eintreten.  
[www.aktionsbuendnis-brandenburg.de](http://www.aktionsbuendnis-brandenburg.de)

## **Opferperspektive e. V.**

Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e. V. ist ein im Land Brandenburg tätiger Verein, der Betroffene rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung, deren Angehörige oder Freund\_innen und Zeug\_innen solcher Taten in Brandenburg berät.  
[www.opferperspektive.de](http://www.opferperspektive.de)

## **Antidiskriminierungsberatung Brandenburg**

Die Antidiskriminierungsberatung Brandenburg ist eine unabhängige Beratungsstelle und eine Fachstelle für Antidiskriminierungsarbeit. Sie berät Betroffene rassistischer Diskriminierung, deren Angehörige und Unterstützer\_innen im Land Brandenburg  
[www.antidiskriminierungsberatung-brandenburg.de](http://www.antidiskriminierungsberatung-brandenburg.de)

## **Tolerantes Brandenburg**

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist das Leitbild der Landesregierung zur Förderung einer starken und lebendigen Demokratie. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung überwacht die Umsetzung des gleichnamigen Handlungskonzepts.  
[www.tolerantes.brandenburg.de](http://www.tolerantes.brandenburg.de)

## **Bündnis für Brandenburg**

Das Bündnis für Brandenburg ist eine breite Allianz zur Integration von Flüchtlingen. Ziel des Bündnisses ist es, Integrationsbemühungen zu bündeln und Konzepte miteinander zu verbinden. Zudem soll es eine zentrale Plattform für gesellschaftliche Kommunikation zur Flüchtlingsintegration sein.  
[www.buendnis-fuer-brandenburg.de](http://www.buendnis-fuer-brandenburg.de)



### **RAA Brandenburg – Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie, Brandenburg**

Die RAA Brandenburg sind eine landesweit agierende, unabhängige Unterstützungsagentur für Bildung und gesellschaftliche Integration.

[raa-brandenburg.de](http://raa-brandenburg.de)

### **Mobiles Beratungsteam Brandenburg (MBT)**

Das Mobile Beratungsteam im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung berät alle gesellschaftlichen Initiativen und Einzelpersonen – vom besorgten Elternteil bis zum haupt- oder ehrenamtlichen Bürgermeister, vom kreisweiten Netzwerk für Toleranz bis zur örtlichen freiwilligen Feuerwehr, vom Unternehmen bis zum Landrat.

[www.gemeinwesenberatung-demos.de/mobile-beratungsteams/](http://www.gemeinwesenberatung-demos.de/mobile-beratungsteams/)

### **Emil Julius Gumbel Forschungsstelle (EJGF) | Antisemitismus und Rechtsextremismus**

Die Forschungsgebiete der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle (EJGF) umfassen Antisemitismus und Rechtsextremismus in Geschichte und Gegenwart sowie die Auseinandersetzung der demokratischen und zivilen Gesellschaft zur Abwehr dieser Tendenzen.

[www.mmz-potsdam.de/antisemitismus-und-rechtsextremismus.html](http://www.mmz-potsdam.de/antisemitismus-und-rechtsextremismus.html)

### **Fachstelle Antisemitismus | RIAS**

Die Fachstelle Antisemitismus am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien ist eine vom Land Brandenburg geförderte Einrichtung, mit der dem sich verstärkt zeigenden Antisemitismus in Brandenburg entgegengetreten werden soll. RIAS Brandenburg ist ein Projekt der Fachstelle zur Dokumentation antisemitischer Vorfälle in Brandenburg.

[www.mmz-potsdam.de/ueber-uns.html](http://www.mmz-potsdam.de/ueber-uns.html)

[report-antisemitism.de/report](http://report-antisemitism.de/report)

### **Regionale Partnerschaften für Demokratie**

„Partnerschaften für Demokratie“ sind regionale Bündnisse für Demokratie und Toleranz. Sie werden durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert und bestehen aus Vertreter\_innen der Kommunalpolitik und -verwaltung sowie Aktiven aus der Zivilgesellschaft wie Vereinen, Verbänden und Kirchen.

[www.tolerantes.brandenburg.de/beratungsnetzwerk/partnerschaften-fuer-demokratie.html](http://www.tolerantes.brandenburg.de/beratungsnetzwerk/partnerschaften-fuer-demokratie.html)

### **Landesjugendring Brandenburg**

Der Landesjugendring Brandenburg vertritt die Interessen von Kindern und Jugendlichen gegenüber Politik und Öffentlichkeit und engagiert sich in Fragen der Jugendpolitik und demokratischen Bildung sowie der Lebenssituation junger Menschen in Brandenburg.

[www.ljr-brandenburg.de](http://www.ljr-brandenburg.de)

### **Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten**

Die Stiftung hat die Aufgabe, an Terror, Krieg und Gewaltherrschaft zu erinnern und die öffentliche Auseinandersetzung mit diesen Themen zu fördern. Sie erhält und pflegt die baulichen Relikte, sammelt und bewahrt die materiellen Zeugnisse und sichert die archivalischen Quellen, um sie einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

[www.stiftung-bg.de](http://www.stiftung-bg.de)

### **Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung**

Die Landeszentrale ist die zentrale Einrichtung für die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung im Land Brandenburg. Ihre Aufgabe ist es, die Menschen dabei zu unterstützen, sich aktiv in die demokratische Gesellschaft einzubringen.

[www.politische-bildung-brandenburg.de](http://www.politische-bildung-brandenburg.de)

### **Amadeu Antonio Stiftung**

Ziel der Amadeu Antonio Stiftung ist die Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Dafür unterstützt sie Initiativen und Projekte, die sich kontinuierlich für eine demokratische Kultur engagieren und für den Schutz von Minderheiten eintreten.

[www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)

### **No Hate Speech**

Das No Hate Speech Movement Deutschland ist eine internationale Kampagne gegen Hassrede im Netz, speziell in sozialen Netzwerken.

[no-hate-speech.de](http://no-hate-speech.de)

### **Das Versteckspiel**

Das Versteckspiel – Lifestyle, Symbole und Codes von Neonazis und extrem Rechten ist eine Broschüre und eine Webseite, die über Codes und Symbole der extrem Rechten aufklärt.

[dasversteckspiel.de](http://dasversteckspiel.de)

# Literatur

**Agentur für soziale Perspektiven (Hrsg.):** Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von Neonazis und extremen Rechten, Berlin 2017, unter: [www.dasversteckspiel.de](http://www.dasversteckspiel.de).

**Aktionsbündnis Brandenburg:** Protest gegen rechts. Ein praktischer Leitfaden zum Versammlungsrecht in Brandenburg, Potsdam 2017.

**Aleida Assmann:** Kollektives Gedächtnis, Bundeszentrale für politische Bildung, 26.8.2008, unter: [www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39802/kollektives-gedaechtnis](http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39802/kollektives-gedaechtnis).

**Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.):** Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD, Berlin 2019.

**Antidiskriminierungsstelle des Bundes:** Rassismus im Betrieb die Rote Karte zeigen, Berlin 2015.

**Arbeit und Leben DBG/VHS Hamburg e. V. (Hrsg.):** Arbeit zuerst für ...? Ein solidarisches Miteinander! Rechtsextremen nicht auf den Leim gehen. Ein Ratgeber für den betrieblichen Alltag, Hamburg 2013.

**Botsch, Gideon/Raabe, Jan/Schulze, Christoph (Hrsg.):** Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs, Berlin 2019.

**Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.):** Die Brandenburger Verfassung. Entstehungsgeschichte, Besonderheiten, Verfassungstext, 2., überarbeitete Auflage, Potsdam 2019.

**Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.):** Kommunalpolitik in Brandenburg, Potsdam 2020.

**Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV):** Leitfaden zum Vereinsrecht, Berlin 2016.

**Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ):** PR-Handbuch für das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, Berlin 2016.

**Büttner, Frauke/Eltze, Wiebke/Gutsche, Lisa/Lang, Juliane:** Haltung zeigen! Gesprächsstrategien gegen rechts, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2017.

**Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung (Hrsg.):** „Wir wollen eigentlich nur Sport machen.“ Was Vereine gegen Rechtsextremismus tun können, ohne mit dem Sport aufzuhören, Berlin 2013.

**Darmstadt, Alina/Prinz, Mick/Saal, Oliver:** Menschenwürde online verteidigen. 33 Social Media-Tipps für die Zivilgesellschaft, hrsg. von der Amadeu Antonio Stiftung, Berlin 2020.

**Detzner, Milena/Drücker, Ansgar/Seng, Sebastian (Hrsg.):** Rassismuskritik. Versuch einer Bilanz über Fehlschläge, Weiterentwicklungen, Erfolge und Hoffnungen, Düsseldorf 2016.

**Diakonie Deutschland:** Umgang mit Rechtspopulismus. Eine Handreichung für die Diakonie, Berlin 2018.

**Feustel, Robert/Grochol, Nancy/Prüwer, Tobias/Reif, Franziska (Hrsg.):** Wörterbuch des besorgten Bürgers, Mainz 2018.

**Gesicht zeigen! (Hrsg.):** Handbuch für Zivilcourage, Frankfurt a. M. 2001.

**Gießelmann, Bente/Kerst, Benjamin/Richterich, Robin/Suermann, Lenard/Virchow, Fabian (Hrsg.):** Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, Frankfurt a. M. 2019.

**Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora/Weber, Klaus (Hrsg.):** Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, Hamburg 2019.

**Kempis, Franzi von:** Anleitung zum Widerspruch. Klare Antworten auf populistische Parolen, Vorurteile und Verschwörungstheorien, München 2019.

**Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz (Hrsg.):** Fakt oder Fake? Wie man Falschmeldungen im Internet entlarven kann, Ludwigshafen 2020.

**Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.:** Flüchtlinge schützen, Rassismus entgegentreten. Handreichung für Aktive in der Arbeitswelt, Düsseldorf 2017.

**Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.:** So nicht! Kleiner Ratgeber zum Umgang mit rechtsextremen Sprüchen, Düsseldorf 2017.

**Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg:** Vereine und Steuern. Steuertipps für die organisierte Ehrenamtlichkeit, Potsdam 2013.

**Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) u. a. (Hrsg.):** Wir lassen uns das Wort nicht nehmen. Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei Veranstaltungen, Berlin 2007.

**Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR):** Handlungs-Räume. Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen öffentlich-rechtlicher Räume, Berlin 2009.

**Nauditt, Kristina/Wermerskirch, Gerd:** Radikal beteiligen. 30 Erfolgskriterien und Gedanken zur Vertiefung demokratischen Handelns, Gevelsberg 2018.

**Netzwerk Selbsthilfe:** Schwein gehabt. Förderpreise für zivilgesellschaftliche Aktivitäten, Berlin 2017.

**Netzwerk Selbsthilfe:** Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen. 14., überarbeitete und aktualisierte Auflage, Berlin 2020.

**Nolte, Paul:** Demokratie. Die 101 wichtigsten Fragen, München 2015.

**Opferperspektive e. V.:** Im Fokus von Neonazis. Rechte Einschüchterungsversuche auf der Straße – zu Hause und im Büro – bei Veranstaltungen – im Internet. Eine Handreichung für Betroffene und Unterstützer\_innen, Potsdam 2014.

**Opferperspektive e. V.:** Perspektiven nach einem rechten oder rassistischen Angriff. Handlungsmöglichkeiten und Hilfe für Betroffene, Angehörige und Zeug\*innen, Potsdam 2019.

**Pahrmann, Corina/Kupka, Katja:** Social Media Marketing – Praxishandbuch für Twitter, Facebook, Instagram & Co. 5., komplett aktualisierte Auflage, Heidelberg 2019.

**Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V. (Hrsg.):** Im Verein – gegen Vereinnahmung. Eine Handreichung zum Umgang mit rechtsextremen Mitgliedern, Waren (Müritz) 2008.

**Sow, Noah:** Deutschland Schwarz Weiß: Der alltägliche Rassismus, Norderstedt 2018.

**Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK)/Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (Hrsg.):** Wachsam sein! Zum Umgang mit rechtsextremen Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen, Berlin 2017.

**Virchow, Fabian/Langebach, Marin/Häusler, Alexander (Hrsg.):** Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2017.

**Welzer, Harald/Moller, Sabine/Tschuggnall, Karoline:** „Opa war kein Nazi.“ Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt a. M. 2002.



Jeder Mensch hat Einfluss darauf, wie wir unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben gestalten. Widersprechen wir, wenn inakzeptable Bemerkungen fallen? Erheben wir die Stimme, wenn andere Menschen beleidigt oder gar angegriffen werden? Werden wir aktiv, wenn sich rechtsextreme und rassistische Hetze in unserer Nachbarschaft bemerkbar macht? Und suchen wir Wege, unsere Umgebung freundlicher und menschlicher zu gestalten? Das „Handbuch Zivilgesellschaft“ trägt Wissen und Erfahrungen aus dem langjährigen Engagement von Initiativen und Bündnissen aus Brandenburg zusammen und ergänzt es um weitere Tipps und Ideen.